

Hochschule Fresenius (HSF)

MOTRA-Opfermonitoring (MOMo)

***Opferwerdung im Kontext vorurteilsgeleiteter Kriminalität
und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.***

Uwe Kemmesies, Beate Ehret, Holger Stroezel

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Hiermit wird das 2025 in das MOTRA-Radikalisierungsmonitoring neu aufgenommene Teilmodul „Opfermonitoring“ vorgestellt. Zielsetzung und Design werden erläutert, erste Untersuchungsschritte beschrieben sowie ausgewählte Befunde präsentiert. Das „MOTRA-Opfermonitoring“ (MOMo) richtet den Fokus auf Opfer von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), insbesondere in seinen strafrechtlich relevanten Formen der Vorurteilskriminalität beziehungsweise Hasskriminalität. Hiermit erfährt das MOTRA-Radikalisierungsmonitoring eine wesentliche, auf viktimologische Fragestellungen ausgerichtete Erweiterung. Insoweit werden Ausdrucksformen eines politisch-extremistisch konnotierten und gewaltträchtigen Radikalisierungsgeschehens nunmehr auch in Bezug auf die davon unmittelbar betroffenen Menschen in den Mittelpunkt gerückt.

Nach Vorstellung der Zielsetzung sowie der verfolgten spezifischen Fragestellungen wird zunächst auf den einschlägigen Forschungsstand vor allem in nationaler Hinsicht eingegangen. Daran anknüpfend wird das Forschungsdesign von MOMo vorgestellt. Es ist – wie MOTRA insgesamt – methodenplural und multiperspektivisch angelegt und besteht aus einem quantitativen und einem qualitativen Methodenstrang.

Erstmalig werden im folgenden Beitrag umfassendere Analysen zu Opferwerdungen auf Grundlage von Daten zu allen in der Zeit von 2010 bis 2024 polizeilich erfassten politisch motivierten Straftaten, bei denen es zu Personenschäden kam, präsentiert. Drei Teilbefunde sind zusammenfassend hervorzuheben. Erstens: politisch motivierte Straftaten, die zu Opferwerdungen führen stehen weit überwiegend mit einer politisch rechts gelagerten ideologischen Haltung im Zusammenhang. Zweitens: Es fallen deutliche regionalräumliche Unterschiede auf. So sind in Ostdeutschland rund dreimal mehr Opferwerdungen pro 100 000 Einwohner polizeilich registriert als in Westdeutschland. Drittens: Das im Verlauf des MOTRA-Radikalisierungsmonitorings seit 2021 beobachtete zunehmend angespanntere gesellschaftliche Gesamtklima unter dem Einfluss

eines fortwährenden Polykrisen-Modus geht offensichtlich mit einer Zunahme von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einher, welche sich in einer zunehmenden Anzahl geschädigter Personen infolge Politisch motivierter Kriminalität konkretisiert.

Stichworte

Opfermonitoring | Viktimisierung | Hasskriminalität | Vorurteilskriminalität | Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit | Extremismus



Einleitung und phänomenologische Einordnung

Das hier vorgestellte „MOTRA-Opfermonitoring“ (MOMo) wurde zu Beginn der zweiten Förderperiode Anfang 2025 neu in das MOTRA-Forschungsdesign aufgenommen. Es richtet den Fokus auf Opfer von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere von Vorurteils-kriminalität beziehungsweise Hasskriminalität¹. Hiermit erfährt das Radikalisierungsmonitoring eine wesentliche Erweiterung, indem es Ausdrucksformen eines politisch-extremistisch konnotierten und gewalt-trächtigen Radikalisierungsgeschehens sowie die davon unmittelbar betroffenen Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Wird ein Mensch Opfer vorurteilsgeleiteter, aus ideologischen – politischen oder religiösen Gründen motivierter – Handlungen, wird er neben physischen Verletzungen vor allem in mehrfacher Hinsicht in seinen Grundrechten verletzt. Insgesamt wird vor allem auch seine Würde verletzt. Damit einhergehend ist insoweit unsere grundgesetzlich verankerte Werteordnung betroffen, was sich unter anderem in Verstößen gegen daraus abgeleitete grundlegende Strafrechtsnormen niederschlägt. Geschieht dies, ist ein zentrales Bestimmungsmerkmal von politischem Extremismus erfüllt (Kemmesies, 2021, 39f.), das auch in vielen nationalen (vgl. überblickartig etwa der Sammelband von Flümman, 2017) sowie internationalen (vgl. etwa: Vis-sing, 2022) Definitionen des politischen Extremismus enthalten ist.

Insofern verstehen wir das Monitoring von Opfern gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) im Einklang mit der definitorischen Setzung dieses von Wilhelm Heitmeyer (2002) eingeführten Konzepts als Monitoring radikal-extremistischer Handlungen. Damit fokussiert MOMo – neben dem Monitoring von politisch motivierter Kriminalität (aktuell: Bretschi et al. in diesem Band) sowie Hass und Hetze gegenüber Mandatstragenden (aktuell: Bitschnau & Eberspach in diesem Band) – auf einen weiteren Indikator für ein normativ entgrenztes gesellschaftliches Radikalisierungsgeschehen auf der Handlungsebene.

¹ Wir werden im Weiteren nicht näher auf die verheerenden Übergriffe eingehen, die im hier gesetzten Beobachtungszeitraum seit 2010 zum unmittelbaren Tod von 55 Menschen geführt haben. Allen – den getöteten sowie leichter verletzten – Opfern politisch motivierter, von Hass und Vorurteilen stimulierter Übergriffe ist unser Bemühen um ein umfassendes Opfermonitoring im Rahmen von MOTRA gewidmet.

Die Vorstellung von MOMo geschieht in vier Schritten. Zunächst werden die Relevanz und die phänomenologische Ausrichtung von MOMo unter Berücksichtigung des gegenwärtigen einschlägigen Forschungsstandes – wesentlich in Bezug auf Deutschland – umrissen. In einem zweiten Schritt wird das vorgesehene, auf fünf Komponenten basierende methodische Design von MOMo vorgestellt. Dieses konnte schon rein aus zeitlichen Gründen im ersten Jahr seiner Etablierung noch nicht vollumfänglich umgesetzt werden. Insofern bezieht sich die in einem dritten Schritt erfolgende Präsentation erster Befunde noch auf eine eingeschränkte empirische Grundlage. Sie beruht auf der ersten quantitativen Komponente, der längsschnittlichen Analyse von Daten zu Opferwerdungen anhand von Hellfelddaten aus den verfügbaren Kriminalstatistiken. Dies ist die Ausgangsbasis für die zukünftig vorgesehenen Vergleiche mit Dunkelfelddaten sowie Datenbeständen und Erfahrungen aus der Praxis der Opferberatung in Bezug auf die hier fokussierten Phänomenbereiche.

Ziel von MOMo ist es, innerhalb von MOTRA die Perspektive Betroffener deutlich stärker zu akzentuieren und zu berücksichtigen, indem zunächst über die Kombination verschiedener Erfassungsmodi und Perspektiven Daten von und zu Betroffenen vorurteilsgeleiteter gewaltsamer Übergriffe und Kriminalität integriert, analysiert und abgeglichen werden. Im Mittelpunkt stehen Betroffene, ihre individuellen Erfahrungen sowie ihre Formen der Verarbeitung des Geschehenen. Dazu wird ein multimethodaler Weg beschritten, um möglichst differenzierte Bilder der Lebens- und Erfahrungswelten der Betroffenen nachzeichnen zu können.

In diesem Beitrag erfolgt zunächst eine Betrachtung von Opferwerdung primär aus der empirischen Perspektive kriminalstatistischer Opferdaten. Erstmalig werden alle registrierten Fälle von Opferwerdungen aufgrund politisch motivierter (Gewalt-)Straftaten in Deutschland im Zeitverlauf seit 2010 bis 2024 betrachtet. Abschließend diskutieren wir diese empirischen Beobachtungen und leiten daraus einen Ausblick auf die angestrebten Weiterentwicklungen des in MOTRA eingebetteten Opfermonitorings ab.

Zur Opferperspektive in der Radikalisierungsforschung: Relevanz, Begriffe, aktuelle Entwicklungen und Forschungsstand

Betrachten wir Radikalisierung als Ausdruck mangelhaft geregelter gesellschaftlicher Konflikte, so ist spätestens dann, wenn es bei der Konflikt-austragung zu Opfern kommt, normativ sowie sozial eine Grenze überschritten. Geht ein gesellschaftliches Radikalisierungsgeschehen mit physischen und/oder psychischen Verletzungen von Menschen einher, ist eine interventionsbedürftige Ebene erreicht. Insofern sind Art und Umfang von Opferwerdungen infolge politisch und/oder religiös motivierter Radikalisierung wichtige Indikatoren für ein entgrenztes Radikalisierungsgeschehen. In jüngerer Zeit erfährt Opferwerdung infolge von Vorurteilskriminalität verstärkte Aufmerksamkeit in Deutschland, indem Viktimisierungen aufgrund bestehender Vorurteile gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen sowohl in der Fachöffentlichkeit (exemplarisch: Coester, 2025) als auch in der allgemein-medialen Öffentlichkeit zunehmend als Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens wahrgenommen werden. Der Sozialpsychologe Meyer spricht in einem der jüngsten Bestseller zum Thema Andersartigkeit und Vielfalt aus psychologischer Sicht davon, dass es im „Umgang mit zwischenmenschlichen Unterschieden“, zum Beispiel im Hinblick auf Flüchtlinge, Migration oder Transidentität, mittlerweile „zu Kulturkämpfen“ komme, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung „hinwegfegen“. Es seien zunehmend mehr Menschen nicht mehr bereit, mit den Herausforderungen von Andersartigkeit „besonnen und friedlich“ umzugehen (vgl. Meyer, 2025, S. 9 f.). Ganz ähnlich kommentierte angesichts eines erneuten Allzeithochs Politisch motivierter Kriminalität im Jahr 2024 und in Bezug auf die damit einhergehende Opferwerdung Kühn (2025) vom NDR: „Politisch motivierte Gewalt frisst Gesellschaft auf.“

Radikalisierung treibende gesellschaftliche Konflikte gehen im Falle einer Zuspitzung in der Regel mit Vorurteilen gegenüber der jeweils tatsächlichen oder vermeintlich gegnerischen Konfliktpartei einher. So stimuliert das Konfliktthema „Migration“ Vorurteile gegenüber Ausländer:innen beziehungsweise Fremden. Die aktuellen Streitthemen „Wokeness“, „Klimawandel“ und „Israel-Palästina-Konflikt“ nähren Vorurteile gegenüber Personen, die sich unter anderem für Vielfalt und gegen Diskriminierung einsetzen beziehungsweise für das jeweils andere politische Lager oder für

die jeweilige Konfliktpartei stehen. Die jährlich veröffentlichten Zahlen zu Politisch motivierter Kriminalität (zur aktuellen Entwicklung siehe unten und Bretschki et al. in diesem Band) und die Dokumentation von Opferwerdungen durch die Opferberatungsstellen verdeutlichen, dass tatmotivierende Vorurteile oftmals in unmittelbarem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Konflikten stehen. Die diskursive Aushandlung dieser Konflikte im politischen und medial-öffentlichen Raum geht mit einem Mehr oder Weniger an vorurteilsgeleiteten Handlungen gegenüber Menschen aus den mit dem jeweiligen Konflikt assoziierten Personengruppen einher. Ein Beispiel dafür sind die Geschehnisse im Zusammenhang mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015, in der das gesellschaftliche Klima – zunächst getragen von einer „Willkommens-Kultur“ – in Richtung zunehmender Aggression und Gewalt gegenüber Fremden kippte, wie es bis dahin in dieser Intensität noch nicht über die Kriminalstatistik registriert worden war (ausführlich hierzu: Backes et al., 2018).

In diesen konfliktbasierten Gewalthandlungen äußern sich affektiv hoch aufgeladene Vorurteile und ein sich daraus ableitender Hass gegenüber Personen der jeweils anderen Seite, weshalb in der nationalen sowie internationalen Wissenschaftsgemeinschaft auch von sogenannter Vorurteils- (prejudice motivated/bias crime) beziehungsweise Hasskriminalität (hate crime) gesprochen wird. Die wissenschaftlich- (kriminologische) Befassung mit Hasskriminalität setzte ab den 1990er-Jahren in umfassenderer Form ein und erfuhr seit der Jahrtausendwende eine deutliche Intensivierung.² Seit Anfang/Mitte der 2010er-Jahre wird teilweise auch von einem „hate crime paradigm“ gesprochen (etwa: Walters & Tumath, 2014).

Wenngleich Hasskriminalität umfassend (sozial-)wissenschaftlich reflektiert und untersucht wird und das Konstrukt als etabliert bezeichnet werden kann, hat sich bis heute keine allgemein konsentierende Definition durchgesetzt: „... While the term hate crime is commonly used, little consensus exists as to its exact meaning“ (Chaudry, 2021, S. 65). Dennoch treffen wir auf ein definitorisches Kernelement, dementsprechend kriminelle (Gewalt-)Handlungen aus dem Feld der Hasskriminalität immer

² Dies legt zumindest eine eigene Recherche über die JSTOR-Datenbank zu (sozial-)wissenschaftlichen Primär- und Sekundärquellen nahe (11.11.2025). Der Suchbegriff „Hate Crime“ generiert für die 1970er-Jahre elf Treffer, für die 1980er-Jahre 24, für die 1990er-Jahre 611 und für die 2000er-beziehungsweise 2010er-Jahre 1 137 beziehungsweise 1 471 Treffer.

mindestens partiell durch Vorurteile gegenüber der jeweiligen Opfergruppe motiviert sind (Walters, 2011, S. 313). Coester (2018) spricht vom „Konzept der Vorurteils kriminalität“, welches sich unter anderem auch über strafverschärfende Gesetze im US-amerikanischen Raum in den 1990er-Jahren konkretisierte und so auch in Deutschland allmählich adaptiert wurde.

Im Folgenden werden unter Hasskriminalität im Einklang mit Backes et al. (2018, S. 2f.) Gewalthandlungen verstanden, die das jeweilige Opfer „nicht wegen eines individuellen Verhaltens, sondern aufgrund seiner bloßen Zuordnung zu einer vom Täter als feindlich oder schädlich wahrgenommenen Gruppe treffen“. Damit wird auch das zentrale Definitionskriterium der kriminalstatistischen Erfassung von Politisch motivierter Kriminalität (PMK) durch den Kriminalpolizeilichen Meldedienst (KPMD) zum Deliktsfeld der Hasskriminalität erfüllt. MOMo greift empirisch wesentlich auf diese PMK-Daten zurück, die auf Grundlage eines seit 2001 geltenden Definitionssystems erfasst und eingeordnet werden. In diesem Kontext ist allerdings auch zu betonen, dass über den KPMD-PMK nur die „Spitze des Eisbergs“ gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfasst wird, da die Erfassung sich hier auf Handlungen der GMF beschränkt, die in Straftaten münden, und zugleich nur auf jene, die polizeilich zur Kenntnis gelangen und registriert werden.

Die in der PMK-Statistik festgehaltenen Fälle von Opferwerdungen betreffen weitestgehend Körperverletzungsdelikte, also physische Übergriffe auf andere Personen (vgl. im Detail: Abschnitt Quantitativer Methodenstrang). Diese in das Opfermonitoring eingehenden Fälle sogenannter Hasskriminalität sind aufgrund der mit ihnen verbundenen Grundrechtsverstöße als extremistisch einzustufen. Church und Coester (2021) stellen insoweit zwar kritisch fest, dass es zu kurz gegriffen sei, das Konzept der Vorurteils kriminalität mit Extremismus in Verbindung zu bringen, weil es den Blick davon ablenke, dass Vorurteils kriminalität ein sozial alltägliches, gesamtgesellschaftliches Phänomen darstelle (ebd., S. 7). Diese Sicht wird hier indessen nicht geteilt: Soweit Tatumstände einer Gewaltstraftat ein politisches Motiv erkennen lassen, indem Menschen bewusst aus einer politisch-weltanschaulichen Gegnerschaft oder aufgrund bestimmter, realer oder zugeschriebener Eigenschaften physisch angegriffen und/oder verletzt werden, ist auch in der Außenwahrnehmung das Setzen einer politischen Botschaft im Sinne der Behauptung einer Ungleichwertigkeit

erkennbar. Diese über die Tat gesendete Botschaft geht mit der Verletzung der Würde des angegriffenen Menschen und basalen, in den unveräußerlichen Menschenrechten verankerten Gleichheitspostulaten einher. In einem solchen Fall haben sich die Täter:innen in Wort und/oder Tat politisch-extremistisch positioniert, weil sie ein Kernanliegen unserer dem Toleranzgebot verpflichteten, freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung nicht respektiert und dieses Gebot zum unmittelbaren, bewusst angestrebten Nachteil eines Menschen verletzt haben.

In Bezug auf solche Konstellationen, in denen sich radikale Konfliktaustragungen in einer Gesellschaft in Hasskriminalität entladen, hat ein Opfermonitoring eine besonders hohe Relevanz. Darüber lässt sich beurteilen, ab wann gesellschaftliche Entwicklungen normativ zu entgleisen und in Extremismus zu münden drohen. Geht ein Radikalisierungsgeschehen mit Opferwerdung durch Gewalt einher, ist zumindest punktuell das Radikalisierungsgeschehen normativ entgrenzt und die entsprechende Straftat als extremistisch einzustufen.

Allerdings ist davor zu warnen, ein politisches Geschehen oder eine politische Bewegung insgesamt als extremistisch einzustufen, wenn einzelne Täter die Grenzen in Richtung Extremismus überschritten haben, indem sie gegenüber Personen der entsprechenden Konfliktpartei übergriffig wurden. Eine derartige Pauschalisierung, wie sie etwa über die medialpolitischen Diskurse bisweilen zu beobachten ist, fördert weitere Radikalisierung und kann damit einhergehend Reaktionstendenzen stimulieren. Dies ist ein Geschehen, das aus theoretischer Perspektive mit der sogenannte „Co-Radikalisierungs-These“ (umfassend beispielsweise: Pickel et al., 2023) beziehungsweise in Bezug auf sogenannte reziproke Radikalisierungen reflektiert und wissenschaftlich untersucht wird (etwa: Quent, 2016, vgl. auch das von Neumann 2019 vorgelegte Modell reziproker Radikalisierungseffekte, ebd., S. 65ff.). Wahrgenommene Ressentiments und Vorurteile gegenüber der Eigengruppe werden hier von entsprechend radikalisierten Personen oder Gruppen ideologisch und propagandistisch angereichert und darauf aufbauend – wie es Lautz et al. (2024) für das Feld religiös-islamistisch motivierter Radikalisierung untersuchten – „in Opfer-narrative“ überführt, was „reziproke Freund-Feind-Bilder“ zu erzeugen und zuzuspitzen vermag (Lautz et al., 2024, S. 419).

Vor dem dargelegten Hintergrund sind Opferwerdungen infolge vorurteilsgeleiteter Kriminalität zur Einschätzung des gesamtgesellschaftlichen Radikalisierungsgeschehens in zweifacher Hinsicht hoch relevant: Zum einen dokumentieren Opferwerdungen im Bereich Politisch motivierter Kriminalität die nicht akzeptable normative Entgrenzung einer Radikalisierung von Einzelpersonen, Kleingruppen sowie – für MOTRA insbesondere relevant – gesellschaftlichen Teilgruppen beziehungsweise sich radikalisierte (Protest-)Bewegungen auf der Verhaltensebene. Zum anderen sind Opferwerdungen im Kontext vorurteilsgetriebener gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stets auch Hinweise auf die Entstehung beziehungsweise das Wieder-Aufbrechen von Freund-Feind-Schemata, die eine weitergehende Radikalisierung gesellschaftlicher Gruppen befeuern und zu einem weiteren Auseinanderdriften der Gesellschaft beitragen können.

Aktuelle Entwicklungen in Deutschland

Die Anzahl polizeibekannter Straftaten in Deutschland im Bereich der PMK weist in einer Gesamtbetrachtung seit 2010 einen kontinuierlichen Anstieg auf, der sich insbesondere ab 2020 intensivierte (im Detail: Bitschnau et al., 2022, S. 171f.) und im Jahr 2024 mit circa 84 000 Fällen einen bisherigen Höchststand erreichte (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt, 2025a, S. 4.). In dem für MOMo relevanten Deliktsfeld der vorurteilsgeleiteten Kriminalität, welches in der PMK-Statistik unter „Hasskriminalität“ registriert wird, geraten ebenfalls deutliche Steigerungen in den Blick: Insbesondere seit 2022, im Zuge eines sich nach der Corona-Pandemie fortschreibenden ‚Polykrisen-Modus‘ (überblickartig: Kemmesies et al., 2025), zeigen sich ausgeprägte Anstiege. So haben im Jahr 2024 die als Hasskriminalität polizeilich registrierten Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 28 % zugenommen (2024: 21 773 – 2023: 17 007). Im Jahr zuvor betrug die Steigerung gar 48 % (2023: 17 007–2022: 11 520).³

Offenbar haben die sich seit 2022 „insgesamt abzeichnenden vielfältigen konfliktgeladenen Friktionen in unserem gesellschaftlichen Miteinander ... zu einer Zunahme unterschiedlichster Freund-Feind-Konstellationen

³ Fokussieren wir spezifischer auf Gewaltstraftaten, welche politisch rechts motiviert sind, öffnet sich der Blick auf einige für Deutschland bedeutsame Entwicklungstendenzen: Im Gegensatz zur politisch motivierten Gewaltkriminalität insgesamt, die sich in den letzten Jahren als relativ konstant darstellt, verzeichnen wir im Feld rechts motivierter Gewalttaten in den letzten Jahren stetige Anstiege, wobei insbesondere der Anstieg um rund 17 % zwischen 2023 (1 270) und 2024 (1 488 Fälle) auffällig ist (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt, 2025b).

und/oder Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen (geführt), was sich im Straftatengeschehen widerspiegelt“ (Kemmesies et al., 2025, S. 33). Das zeigt sich insbesondere im Bereich rechtsideologisch- und/oder vorurteilsgeleiteter Kriminalität. Die Anstiege gehen im Jahr 2024 zu hohen Anteilen auf deutliche Zunahmen fremdenfeindlicher (Steigerung um 29 %) und ausländerfeindlicher Straftaten (Steigerung um 34 %) im Vergleich zum Vorjahr zurück, wobei auch die Zunahme antisemitischer Straftaten zu dieser Gesamtentwicklung beiträgt (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt, 2025a, S. 11ff.). Diese Entwicklungen deuten auf ein zunehmendes und vermehrt gewaltträchtiges Radikalisierungsgeschehen hin, in dem Menschen – oftmals willkürlich – zu Opfern gemacht werden.

Zum Stand der Forschung

In den letzten Jahren hat sich die Forschung zur Opferwerdung im Kontext von GMF und sogenannter Hasskriminalität in Deutschland deutlich intensiviert. Daran schließen die Analysen von MOMo an. Es ist vorgesehen, künftig neben den Daten aus der polizeilichen Erfassung der PMK auch Daten der repräsentativen Viktimisierungsstudie SKiD (Birkel et al, 2023) zu nutzen. Ferner soll auf Datenbestände aus dem Bereich des Handlungsfeldes der Opferberatung für weitergehende, vergleichende Analysen zurückgegriffen werden. Wir werden im Folgenden einen ersten komprimierten Überblick zum Forschungsstand zu diesen drei in MOMo eingehenden empirischen Perspektiven geben, der sich auf den deutschsprachigen Raum konzentriert (zum internationalen Forschungsstand vgl. den jüngsten umfassenden Überblick von Vergani et al., 2024). Doch zunächst bieten wir einen kursorischen Überblick zu Forschungsergebnissen in Bezug auf Viktimisierungen einzelner Berufsgruppen an.

Opferwerdung durch politisch motivierte Delikte bei bestimmten Berufsgruppen

MOMo ist auf Opferwerdungen innerhalb der Bevölkerung insgesamt ausgerichtet. Die Analyse erfolgt insoweit nicht beschränkt auf Menschen, die im Kontext ihrer professionellen Befassung mit den Konflikten, welche dem Radikalisierungsgeschehen zugrunde liegen, zu Opfern wurden. Gleichwohl stellen Letztere ebenfalls ein wichtiges Segment

des Opfermonitorings dar, das mit einbezogen wird. Zu diesem liegt, aus jüngster Zeit auch innerhalb von MOTRA, eine Mehrzahl von Befunden vor.

Im Zentrum stehen dabei Personen des öffentlichen Lebens, die im Wesentlichen vier sehr unterschiedlichen Opfergruppen mit je spezifischen Herausforderungen und Spezifika angehören. Sie wurden bisher bereits mehrfach wissenschaftlich reflektiert und untersucht. Diese professionell institutionalisierten Gruppen sind (1) Mandatstragende, (2) Journalist:innen und Medienmitarbeitende, (3) Einsatz-/Hilfs-/Polizeikräfte und (4) Wissenschaftler:innen. Diese Gruppen sind für den Bestand eines freiheitlich-demokratischen Gesellschaftssystems von enormer Bedeutung, garantieren sie doch ein offen-kommunikatives, informiertes und sicheres Miteinander aller Gesellschaftsmitglieder. Angriffe auf diese Gruppen – so resümieren Imbusch und Steg (2025) – stellen eine Gefahr für die Demokratie dar.

Eine erste mit Blick auf politische Konflikte naheliegende Opfergruppe bilden **Mandatstragende** – das heißt Personen aus dem politisch-administrativen Raum, die mit der politischen und/oder administrativen Befassung mit den Konflikten betraut sind, die einem jeweiligen Radikalisierungsgeschehen zugrunde liegen. Hierzu sind in jüngerer Zeit in Deutschland umfänglichere Studien durchgeführt worden (vgl. Imbusch & Steg, 2022 sowie 2025; Häfele & Groß, 2025).

In dieser Hinsicht wurde in MOTRA ab 2021 das sogenannte „Kommunale Monitoring“ integriert (KoMo – Eberspach et al., 2022), über welches Mandatstragende – Bürgermeister:innen in Deutschland – regelmäßig in einer bundesweiten Erhebung zu erlebten verbalen sowie physischen Anfeindungen befragt werden. Die Quote von Betroffenen, die angeben, in den letzten sechs Monaten entsprechend angegangen worden zu sein, bewegt sich seit Aufnahme der Erhebung auf einem weiterhin prekär hohen Niveau (aktuell: 34 %, vgl. Bitschnau & Eberspach in diesem Band).

Die zweite hier zu nennende Opfergruppe bilden **Journalist:innen**. Sie stehen als handelnde Akteur:innen der sogenannten vierten Gewalt im besonderen Fokus sowohl fachlicher Kritik – wofür exemplarisch das viel beachtete, von Precht und Welzer 2024 vorgelegte Sachbuch steht – als auch unsachlich-emotionaler Anfeindungen, wie sie unter dem historisch

belasteten Schlagwort von der „Lügenpresse“ im Verlaufe der Corona-Proteste zunehmen. Nach Ergebnissen von Frohne und Güttler (2023) werden die Massenmedien zusehends als „Sündenbock im gesellschaftlichen Diskurs“ stilisiert (Frohne & Güttler, 2023, S. 27 ff.). Hiermit geht eine Zunahme der Übergriffe auf Medienschaffende einher. Dies illustrieren und belegen in jüngerer Zeit vorgelegte quantitative (Preuß, 2022; Zick & Preuß, 2021) sowie qualitative (Lauf et al., 2022) empirische Studien für Deutschland.

Drittens kommt es auch im Dienstalltag von **Einsatzkräften der Rettungsdienste, Sicherheitsbehörden und Feuerwehren** seit den 2010er-Jahren im Zuge zunehmender medialer und politischer Aufmerksamkeit zu Forschung mit Blick auf gewalttätige Übergriffe (vgl. Gräber & Horten, 2022, S. 62) und einer damit ab 2011 einhergehenden Anpassung von Strafrechtsnormen (Dressler, 2017, S. 9). Nach den verfügbaren aktuelleren Untersuchungen sind insbesondere verbale Übergriffe auch Bestandteil des Dienstalltags von Pflegekräften. Leuschner et al. berichten diesbezüglich eine Sieben-Tages-Prävalenz von 29 % (2022, S. 1051).

Eine interessante Parallele zeigt sich ebenfalls in der **Sozialarbeit**, wo sich Mitarbeitende gruppenbezogenen Anfeindungen ausgesetzt sehen (vgl. Unger, 2019). Eine breiter angelegte Studie zu Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern dokumentiert „Bedrohungen und gewaltsame Übergriffe auf Einrichtungen und Personen, die in Feldern tätig sind, die an zentrale Themen der extremen Rechten anschließen ...“ (Krüger et al., 2022).

Zur Viktimisierung von **polizeilichen Vollzugskräften** ist laut Beschluss der Innenministerkonferenz aus 2012 ein fortlaufendes Monitoring der Viktimisierungen im Dienstalltag eingerichtet worden (Bundeskriminalamt, 2013, S. 2). Ausgangspunkt dessen war eine erste, 2011 auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) durchgeführte Analyse zur Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte:innen. Seitdem wird jährlich ein umfassendes, bundesweites Lagebild vorgelegt. Danach kam es in der vergangenen Dekade zu einem kontinuierlichen Anstieg der Opferzahlen von +38,5 %. 2023 wurden 105 708 Fälle von Opferwerdungen registriert (Bundeskriminalamt, 2024c, S. 11).

Die vierte, im MOMo ebenfalls nicht gesondert analysierte beruflich spezifizierte Opfergruppe umfasst **Wissenschaftler:innen**. Diese werden –

offenbar im Zuge zunehmender Wissenschaftsskepsis – in wachsendem Maße zur Projektionsfläche allgemeiner politischer Frustration und zum Ziel von Hetze und Gewalt (vgl. Becker et al., 2022). Empirisch belegt dies in jüngster Zeit unter anderem die erste bundesweite repräsentative Befragung von Wissenschaftler:innen (Blümel, 2024). Die absolute Mehrzahl der Befragten (70 %) stimmt der Aussage zu, die „Wissenschaftsfeindlichkeit hat sich in den letzten Jahren verstärkt“ (Blümel, 2024, S. 4) und jede zweite befragte Person berichtet, Wissenschaftsfeindlichkeit erlebt zu haben (45 %, Blümel, 2024, S. 6): davon rund jede zehnte Person in Form von aktiver persönlicher Diskriminierung (12 %) und/oder in Gestalt „schwererer Angriffe, wie verbale Drohungen, Androhungen physischer Gewalt bis zu Todesdrohungen oder Vandalismus (... / ca. 10% der Nennungen)“ (Blümel, 2024, S. 7).

Dieser schlaglichtartige Überblick zu Opferwerdungen in spezifischen, besonders exponierten Personengruppen illustriert, dass unser gesellschaftliches Miteinander unter Stress geraten ist. Es haben sich ganz offenkundig Gewalt stimulierende soziale Entwicklungen vollzogen, die in politischer Hinsicht unser freiheitlich-demokratisches Gesellschaftssystem bedrohen und herausfordern.

Opferwerdung durch Vorurteils kriminalität in der Allgemeinbevölkerung (MOMo)

Wie stellen sich diese Entwicklungen nun mit Blick auf die Allgemeinbevölkerung dar? Welche Trends lassen sich identifizieren, wenn nicht nur Personen fokussiert werden, die professionell in einer politischen, medialen, beratenden, kontrollierenden oder wissenschaftlichen Tätigkeit mit Radikalisierungsphänomenen befasst sind? Inwieweit münden radikalisierungstreibende gesellschaftliche Konflikte in gewaltsame Ausdrucksformen von GMF und Hasskriminalität im Bereich der Allgemeinbevölkerung? Diese Fragen verfolgt MOMo in quantitativer Hinsicht über drei Zugangswege.

Opferwerdung aus Perspektive der PMK-Statistik

Die für Deutschland verfügbaren Daten der polizeilichen Statistik zur PMK sind bislang speziell opferbezogen nicht tiefergehend wissenschaftlich ausgewertet worden. Hier wird von MOMo quasi Neuland betreten. In diesem Bericht werden im Folgenden erste Ergebnisse der Analysen dieser Datenbestände dargelegt.

Insgesamt zeigen diese Daten, dass die Zahl geschädigter Personen im Bereich politisch motivierter Gewaltkriminalität im Jahr 2024 um 34 % zugenommen hat (2024: 2351–2023: 1759, vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt, 2025a, S. 10). Im Abschnitt zu den Ergebnissen der viktimologischen Analysen, werden wir die Entwicklungen von Viktimisierungen, wie sie sich in der PMK seit 2010 zeigen, detaillierter längsschnittlich nachzeichnen.

Opferwerdung aus Perspektive der Opferberatungspraxis

Gegenüber der Betrachtung von Opferwerdung auf Grundlage des kriminalstatistischen Hellfeldes sind Opferdaten zum Phänomenfeld Hasskriminalität aus der Beratungsarbeit schon mehrfach Gegenstand wissenschaftlicher Befassungen geworden. Unter anderem wurden die Entwicklungen entsprechend registrierter Opferwerdungen durch die Beratungspraxis in jährlichen Übersichtsarbeiten, Statistiken und Analysen der (Fach-)Öffentlichkeit vorgestellt (aktuell: VBRG, 2025, 2025a, b sowie 2024a etc.). Weiter wurden vertiefende Analysen, insbesondere unter Berücksichtigung praxisbezogener Aspekte, veröffentlicht (Alla et al., 2024; Mlodoch et al., 2024; Geschke et al., 2023). Eine Verschränkung von Daten der Opferberatung mit Daten zum polizeilichen Hellfeld Politisch motivierter Kriminalität einerseits sowie der kriminologischen Dunkelfeldforschung andererseits ist bislang jedoch noch nicht erfolgt.

Opferwerdung aus Perspektive kriminologischer Dunkelfeldstudien

Die Forschung zu Hass- und Vorurteilskriminalität stand lange im Schatten allgemeiner Kriminalitätsforschung. In den USA gewann dieses Phänomen aufgrund der dortigen Bürgerrechtsbewegungen vergleichsweise früher an Bedeutung. Dort wurden bereits in den 1980er-Jahren neue Straftatbestände für Gewalt, Bedrohungen und ähnliche Einschüchterungsversuche gegen Personen aufgrund deren (tatsächlicher oder zugeschriebener) Gruppenzugehörigkeit gefordert. Obschon es dabei primär darum ging, Strafverschärfungen zu erwirken (Coester, 2018, 41ff.), gingen davon zugleich auch Impulse für die wissenschaftliche Befassung mit dieser und anderen Formen der Opferwerdung aus.

Während im angloamerikanischen Raum bereits seit den 1980er-Jahren (USA) ein Konzept von Vorurteilskriminalität entwickelt wurde, welches im Nachgang entsprechende thematisch relevante Dunkelfeldstudien nach sich zog

(vgl. Levin & McDevitt, 1993, Bodinger-DeUriarte & Sancho, 1992, Lawrence, 1994 zit. nach Coester, 2018, S. 43), wurde eine entsprechend ausgerichtete Forschung in Deutschland erst etwa ab Ende der 2010er-Jahre in nennenswertem Umfang aufgenommen. Bis zum Jahr 2017 lagen jedoch keine national repräsentativen Dunkelfelddaten zur Vorurteilskriminalität vor, die es ermöglichen würden, Grenzen der polizeilichen Erfassung zu erschließen.

Das Jahr 2017 markiert einen Wendepunkt der Dunkelfeldforschung zu Vorurteilskriminalität in Deutschland. Seitdem liegen für Niedersachsen und Schleswig-Holstein repräsentative Dunkelfeldstudien zum Phänomenbereich vor (Groß et al., 2018). Der Anteil von Vorurteilskriminalität betroffener Personen (Jahresprävalenzrate) beläuft sich in beiden Bundesländern auf etwa 5 %. Im Durchschnitt wurden 26,9 % der Vorfälle angezeigt (ebd. S. 144).

Ferner existieren auch Studien für das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen (LKA NRW, 2020) und Sachsen (Bender & Weber, 2023), welche vorurteilsgeleitete Taten miteinschließen. Allerdings unterscheiden diese nicht zwischen „physischer“ und „psychischer“ sowie (in Sachsen) „verbaler“ Gewalt. Der Anteil von Vorurteilskriminalität betroffener Personen liegt für NRW bei knapp 7 %. Die PaWaKS-Studie aus Sachsen erhebt lediglich die Lebenszeitprävalenz, ist insoweit leider nicht direkt vergleichbar.

Erwähnenswert sind weiter zwei auf die Städte Hamburg (vgl. Häfele & Groß, 2023) und München (Fröhlich, 2021) begrenzte Studien. Die in München durchgeführte Befragung nutzte die gleichen Messinstrumente wie die Studien für NI und SH. Der Anteil von Betroffenen strafrechtlich relevanter Vorurteilskriminalität im zurückliegenden Jahr liegt dort mit 13,5 % nahezu dreimal so hoch wie in den Studien für NI und SH. Andererseits liegt die entsprechende Anzeigenquote in der Münchner Studie bei nur 9 % und damit auffallend niedriger als für Straftaten im Allgemeinen von 25 % (Fröhlich, 2021), sondern auch deutlich niedriger als die auf Vorurteilskriminalität bezogene Anzeigenquote der Vergleichsstudien aus NI und SH (26,9 %). Es liegt nahe anzunehmen, dass die für München ermittelte hohe Prävalenz von Vorurteilskriminalität bei gleichzeitig niedriger Anzeigenquote darauf zurückzuführen ist, dass es sich insgesamt um weniger schwere Delikte handelte. Die im Stadtstaat Hamburg durchgeführte Dunkelfeldstudie legte den Fokus stärker auf besonders vulnerable Gruppen (wie zum

Beispiel Nicht-EU-Ausländer, jüdische oder muslimische Gemeinden) und nutzte eine weit gefasste Definition vorurteilsgeleiteter Übergriffe, indem auch Vorfälle einbezogen wurden, die unterhalb der Grenze zur Strafbarkeit liegen. Insofern sind die Befunde der beiden Untersuchungen nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

Ebenfalls wurden seit 2017 mehrere deutschlandweit repräsentative Dunkelfeldstudien durchgeführt, welche erstmals auch Vorurteils-kriminalität berücksichtigen. Die erste derartige Studie ist der Deutsche Viktimisierungssurvey (DVS)⁴ im Jahr 2017 (Birkel et al., 2019). Die weiteren Studien SKiD 2020 und 2024 („Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“) griffen mit veränderter Methodik und wesentlich größeren Stichproben diese Thematik ebenfalls auf.

Im DVS 2017 gaben 1.5 % der in Deutschland lebenden Personen über 16 Jahre an, im zurückliegenden Zwölf-Monats-Zeitraum Opfer von vorurteilsgeleiteter Körperverletzung und 0.6 % von vorurteilsgeleitetem Raub geworden zu sein (Church & Coester, 2021, S. 16f.). Weiter berichteten die befragten Betroffenen, dass vorurteilsmotivierte Körperverletzungen in 41.7 % und Raubdelikte in 27.9 % der erlebten Übergriffe angezeigt wurden (Church & Coester, 2021, S. 24f.).

Allerdings stufen die Autoren selbst diese Werte aufgrund von Besonderheiten bei der Stichprobenziehung des DVS als tendenziell überhöht ein, da Opfer, die aus mangelndem Vertrauen in die Polizei den Übergriff nicht zur Anzeige gebracht haben, im DVS tendenziell unterrepräsentiert seien (Church & Coester, 2021). Da die Befragung vom BKA in eigenem Namen durchgeführt wurde und dies auch bei der Ansprache potenzieller Studienteilnehmenden offengelegt wurde, kann davon ausgegangen werden, „dass hierdurch Personen, mit einem niedrigen Vertrauen in polizeiliche Behörden, von einer Teilnahme abgesehen haben“ (Church & Coester, 2021). Insofern lässt sich schließen, dass Betroffene seltener zur Anzeige schreiten, als es diese Quoten nahelegen.

Die Dunkelfeldstudie SKiD ist eine vom BKA und den Polizeien der Länder im Jahr 2020 erstmals in dieser Größenordnung durchgeführte nationale

⁴ Der DVS wurde erstmalig in 2012 durchgeführt, ohne allerdings Vorurteils-kriminalität explizit zu erheben (vgl. Birkel et al., 2019).

Dunkelfeldstudie auf Basis einer repräsentativen Opferbefragung. Sie umfasste in ihrer ersten Welle eine Stichprobe von N = 45 351 Personen, repräsentativ für die in Deutschland lebende Wohnbevölkerung ab 16 Jahren (Birkel et al., 2023, S. 4). In der SKiD-Studie lag 2020 die Prävalenzrate für vorurteilsgeleitete Körperverletzung (KV) bei rund 1 % (Birkel et al., 2023, S 1). Die Anzeigequoten variieren sehr stark zwischen verschiedenen Vorurteilsformen und Tatmotiven (zwischen 40 % für KV aufgrund des Tatmotivs „Alter“ und 1 % aufgrund der sexuellen Orientierung des Opfers) und weisen hohe Schätzungenauigkeiten auf (Birkel et al., 2023, S. 70f.).

In der zweiten in 2024 durchgeführten Welle der SKiD-Studie wurden die Items zur Erhebung von Vorurteilskriminalität erweitert, indem nicht nur Körperverletzungen, sondern auch psychische Gewalt in Gestalt von Beleidigung und Nötigung erhoben wurden. Die Daten sind bislang noch nicht abschließend ausgewertet, eine erste Berichterstattung steht noch aus. Allerdings kann begründet davon ausgegangen werden, dass der Anteil Betroffener höher liegt, als es die erste SKiD-Studie nahelegt. Aufgrund der definitorisch-methodischen Erweiterung vorurteilsmotivierter Übergriffe ist ein exakter direkter Vergleich der Befunde aus den beiden SKiD-Erhebungswellen jedoch nicht möglich (Birkel et al., im Erscheinen).

Über strafrechtlich relevante, tatsächlich erlebte Viktimisierungserfahrungen fokussierende Dunkelfeldbefragungen hinausgehend bieten auch Einstellungsbefragungen zu diesem Themenfeld „Radikalisierung – Extremismus“ und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) wichtige Erkenntnisse. Im Rahmen der drei großen in Deutschland regelmäßig durchgeführten repräsentativen Einstellungsbefragungen in diesem Feld werden zwar keine konkreten Opfererfahrungen aufgrund politisch motivierter Gewalttaten erhoben. Dies gilt für die Leipziger Autoritarismus-Studie (aktuell: Decker et al., 2024), die Mitte-Studie (aktuell: Zick et al., 2025) wie auch für die in MOTRA integrierte MiD-Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD, aktuell: Brettfeld et al. in diesem Band). Die MiD-Studie hat allerdings in ihre bundesweiten Repräsentativbefragungen auch mehrere Items zu tatsächlichen Diskriminierungserfahrungen in Bezug auf die letzten zwölf Monate aufgenommen, die an das MOMo anschlussfähig sind. Seit der ersten Erhebungswelle der MiD-Studie in 2021 werden die Teilnehmenden insoweit nach persönlichen Diskriminierungserlebnissen bezogen auf die eigene Hautfarbe, ihre ethnische Herkunft/Nationalität

sowie ihre Religionszugehörigkeit befragt. 2025 wurden zu allen drei abgefragten Diskriminierungserfahrungen Höchststände erreicht. Wegen der Hautfarbe erlebten sich 4.6 % der Befragten in den zurückliegenden zwölf Monaten diskriminiert, wegen der ethnischen Herkunft/Nationalität 11.3 % sowie wegen der Religionszugehörigkeit 7.5 %. Die statistisch auffälligste Steigerung über die bisher durchgeführten fünf Erhebungswellen ergab sich zu Diskriminierungserfahrungen aufgrund der eigenen Hautfarbe (2021: 2.6 % – 2025: 4.6 %; Wetzels et al., 2025, S. 9).

Zwischenfazit: Opferforschung zu Vorteils kriminalität und GMF

Überblicken wir resümierend den Forschungsstand, lässt sich festhalten, dass sich für Deutschland erst allmählich ein empirisch abgesichertes, umfassenderes Gesamtbild der Verbreitung und Verteilung vorurteilsgeleiteter Viktimisierungen unter Einschluss des Dunkelfeldes abzeichnen beginnt.

Der von Vergani et al. (2024) vorgelegte umfassende Forschungsreview legt insoweit zentrale Herausforderungen offen, denen sich Forschung in diesem Feld und damit auch MOMo in den nächsten Jahren zu stellen hat: In mehreren Tausend der seit 1990 erschienenen und in diesem Überblick ausgewerteten Forschungsarbeiten fanden sich insgesamt 423 unterschiedliche Definitionen und 168 unterschiedliche Erhebungsinstrumente zur Erfassung des Deliktsfelds „Hasskriminalität“.

Da wir in MOMo versuchen wollen, „nur“ drei unterschiedliche periodische Erfassungssysteme zum Zwecke eines erweiterten, über die jeweils einzelnen Erhebungssysteme hinausgehenden Erkenntnisgewinns zu nutzen und vergleichend sowie kontrastierend aufeinander zu beziehen, scheint die Herausforderung vergleichsweise übersichtlich und bewältigbar zu sein. Aber auch hier gilt: Die Tücken liegen im Detail. Diesen wollen wir mit einem umfassenderen, auch qualitative Elemente einschließenden Forschungsdesign begegnen.

Methodisches Design des MOTRA-Opfermonitorings MOMo

Aus einer sozialkonstruktivistischen Perspektive geht es bei der Analyse von „Vorurteils kriminalität“ um Prozesse der Zuschreibung oder Etikettierung bestimmter Handlungsweisen aus der Perspektive von mindestens drei verschiedenen Akteursgruppen: Opfer – Täter – Polizei. Hinzu treten gegebenenfalls Zeug:innen des Geschehens sowie die Beratungs- und Opferhilfepraxis. Im weiteren Verlauf treten in der Regel weitere Perspektiven hinzu, die vorurteilsgeleitete Opferwerdung thematisieren und aus ihrer Sicht konstruieren. Zu nennen sind beispielsweise Medien, Politik, Verbände und Interessengruppen, Gesetzgebung sowie Rechtsprechung (vgl. beispielsweise Wetzels, 1995, S. 4 oder Dölling & Feltes, 2006, S 13ff.).

Nicht zuletzt spielt die allgemeine Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Hier wird protestiert, bisweilen skandalisiert oder aber in Teilen auch gar nicht reagiert, was als Versagen von Unterstützung, als schlichte Ignoranz oder aber als stillschweigende Zustimmung zum Geschehen aufgefasst werden kann. All diese Perspektiven konstruieren beziehungsweise beeinflussen Wahrnehmung und Erleben einer Viktimisierung durch politisch motivierte, vorurteilsgeleitete Taten sowie deren Handhabung.

Um dieser sozialkonstruktivistischen Komplexität von Opferwerdungen in diesem Feld gerecht werden zu können, ist MOMo – analog zum MOTRA-Forschungsdesign insgesamt – methodisch multiperspektivisch und multimethodal angelegt. Aus unterschiedlichen Perspektiven – hier Polizei, Wissenschaft, Beratungspraxis und Betroffene – sowie auf Basis verschiedener empirischer Zugänge – quantitative Hell- und Dunkelfelddaten sowie qualitative Erhebungen zu Erfahrungen der Beratungspraxis und der Betroffenen selbst – soll ein Überblick zu Umfang, Verbreitung und Qualitäten der Opferwerdung in Deutschland im Kontext von vorurteils-motivierten Gewaltstraftaten (GMF) vermittelt werden. Das methodische Design basiert auf einer Kombination der längsschnittlichen Analyse aufeinander bezogener quantitativer Daten im Sinne von Sekundärdatenanalysen sowie darauf abgestimmter neuer qualitativer Primärdatenerhebungen und deren wechselseitige Inbezugnahme.



Abbildung 1: MOMo-Forschungsdesign

Der quantitative Methodenstrang umfasst drei Komponenten. Ziel ist es, darüber ein möglichst umfassendes, differenziertes und fortlaufend aktualisiertes Bild des quantitativen Ausmaßes von Opferwerdungen in Form von GMF und vorurteilsgeleiteter Kriminalität in Deutschland zu zeichnen. Ausgangsbasis sind in einem ersten Schritt die Daten aus dem sogenannten *Hellfeld der polizeilichen PMK-Statistik mit Opferbezug*, das heißt zu entsprechend motivierten Gewaltstraftaten, bei denen Personen verletzt wurden. Diese Hellfelddaten sollen in einem zweiten Schritt mit *Dunkelfelddaten* zu diesem Phänomenbereich kontrastiert werden, die aus der wiederholt durchgeführten Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ (SKiD, vgl. Birkel et al., 2023) stammen. In einem dritten Schritt erfolgt deren weitere Kontrastierung mit *Daten deutscher Opferberatungsstellen*, die in diesem Feld tätig sind und ihre Erfahrungen regelmäßig dokumentieren (Daten des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, VBRG).

Der weitere, dazu komplementär angelegte qualitative Methodenstrang basiert auf zwei Zugängen, über die neue Primärdaten erhoben werden. Einerseits werden über Interviews und Fokusgruppendifkussionen mit Expert:innen Art, Ausmaß und Folgen von Opferwerdungen in diesem Bereich aus Perspektive der Beratungspraxis erörtert und im Hinblick auf

sich daraus ergebende Bedarfe gezielt vertieft. Andererseits werden über ausführliche teilstrukturierte Interviews mit Opfern vorurteilsgeleiteter (Gewalt-)Kriminalität Einblicke in die Betroffenenperspektive, unter anderem zu Arten der Opferwerdung und deren Folgen, Motiven für Anzeige- oder Hilfesuchverhalten sowie Bedarfen im Kontext von Unterstützung und Bewältigung gewonnen.

Über eine solche Kombination von quantitativen und qualitativen Daten und deren wechselseitige aufeinander bezogene Analysen werden Vergleiche, Validierungen wie auch Identifikationen von Wissenslücken und offenen Fragen möglich, was Optionen einer umfassenderen Erkenntnis über die Besonderheiten der Opferwerdung durch politisch motivierte Straftaten im Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) eröffnet.

Der quantitative Methodenstrang

Der aus drei Elementen bestehende quantitative Methodenstrang zielt zum einen auf einen Gesamtüberblick über die Formen und Ausmaße sowie Verteilungen von Opferwerdungen durch vorurteilsmotivierte Kriminalität ab. Ein weiteres Ziel besteht darüber hinaus auch darin, Opfergruppen mit klar identifizierbaren Profilen und Gemeinsamkeiten zu identifizieren und näher zu beschreiben. Hiermit sollen empirische Evidenzen für die Konzeption zielgruppenfokussierter Angebotsstrukturen generiert werden, die es Akteur:innen im Arbeitsfeld der Opferberatung erleichtern, ihre Tätigkeit auf aktuelle Entwicklungen und Bedarfe besser abgestimmt zu gestalten.

Quantitativer Methodenstrang I: Das Hellfeld der PMK

Der kriminalpolizeiliche Meldedienst zur Politisch motivierten Kriminalität, KPMD-PMK, erfasst auf Länderebene jährlich diejenigen Delikte, bei denen Anhaltspunkte für politische oder vorurteilsbasierte Motive vorliegen. Das übergeordnete Ziel dessen ist die Sicherung des Staatsschutzes, weshalb die PMK-Statistik wesentliche Besonderheiten gegenüber der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) aufweist. So handelt es sich beispielsweise um eine Eingangsstatistik mit dem Ziel, zeitnah eine möglichst aktuelle Lage abbilden zu können. Die für MOMo über die Art der registrierten Delikte hinausgehenden wesentlichen, in der PMK gleichfalls erfassten Variablen sind: Geschlecht, Alter, nationale Herkunft, Tatort, mutmaßlicher phänomenologisch-ideologischer Hintergrund der Tat sowie darüber hinaus

deren Zuordnung zu entsprechenden Themenfeldern wie Hasskriminalität, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus (Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundesministerium der Justiz, 2024).

In einem ersten Schritt wurden im Rahmen von MOMo die Rohdaten des KPMD-PMK zu den einzelnen seit 2010 erfassten Straftaten aufbereitet, sodass die darin enthaltenen Daten zu geschädigten Personen in einen Datensatz zusammengeführt werden konnten, um so vergleichende Analysen zwischen differenten Teilgruppen, Regionen und Zeiträumen sowie Vergleiche mit Daten aus den Dunkelfeldbefragungen und dem Opfermonitoring des VBRG vornehmen zu können. Der aufzubereitende Rohdatensatz umfasste insgesamt über 600 000 Einzeldatensätze zu polizeilich registrierten politisch motivierten Straftaten seit 2010 (bis 2024), die zu über 28 000 geschädigten Personen geführt haben.

Innerhalb des hier dokumentierten 15-jährigen Beobachtungszeitraums kam es sowohl dazu, dass manche Personen mehrmals Opfer einer vorurteilsmotivierten Straftat wurden, als auch dazu, dass mehrere Personen von dem gleichen Delikt betroffen waren. Um dies handhaben zu können, wurde ein relationaler Datensatz auf Individualebene erstellt, was unter anderem Analysen zu Mehrfachopferwerbungen gestattet. Weiter wird so auch analysierbar, inwieweit Straftaten aus unterschiedlichen Phänomenbereichen oder im Kontext unterschiedlicher Themenfelder (wie etwa: Hasskriminalität versus Konfrontation/Politische Einstellung) mit mehr oder weniger Opferwerbungen einhergehen. Die Individualdaten zu Opferwerbungen sind den in der PMK-Statistik registrierten Straftaten entsprechend zugeordnet.

Im vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse erster Analysen dieser Daten zu den Opfern Politisch motivierter Kriminalität im Zeitraum 2010 bis 2024 vorgestellt. Diese beschränken sich auf geschädigte Personen, die nicht im Polizeivollzugsdienst stehen. Damit werden von den insgesamt 28 688 Opferwerbungen im Betrachtungszeitraum 3 517 Fälle ausgeklammert, bei denen es sich um Opferwerbungen von Polizist:innen handelt, die im Rahmen ihrer Dienstausbildung – zumeist im Kontext von Demonstrationsereignissen – geschädigt wurden.⁵

⁵ Wie oben dargestellt, ist zu dieser besonderen Opfergruppe bereits ein Monitoring beziehungsweise eine fortlaufende Berichterstattung im Auftrag der Innenminister des Bundes und der Länder aufgenommen worden.

Zudem ist künftig auch der Vergleich zu Opferwerdung im Zusammenhang mit Hasskriminalität aus Sicht des Opfermonitorings des VBRG vorgesehen, weshalb eine Ausklammerung der Opfergruppe von Personen aus dem Polizeivollzugsdienst geboten ist, weil die Opferwerdungen in dieser Personengruppe in aller Regel nicht im Kontext mit Straftaten geschahen, die dem Bereich der Hasskriminalität zugeordnet wurden, das wiederum ein zentrales Erfassungskriterium des Opfermonitorings des VBRG darstellt.

Die hier betrachtete Grundgesamtheit des polizeilich registrierten Hellfeldes von Opferwerdungen im Bereich der Hasskriminalität (PMK) umfasst damit insgesamt 25 171 registrierte Opferwerdungen im Zeitraum 2010 bis 2024 infolge einer politisch motivierten, gegen Personen gerichteten Gewaltstraftat.

Quantitativer Methodenstrang II: Dunkelfeldbefragungen

Die Grundlage für Analysen des Dunkelfelds der GMF sowie der Ermittlung von Hell-Dunkelfeld-Relationen liefern die Daten der bereits erwähnten, für Deutschland repräsentativen SKiD-Studie. In der ersten SKiD-Studie des Jahres 2020 wurden GMF und Hasskriminalität ausschließlich für Gewaltstraftaten operationalisiert. Den Studienteilnehmenden, die von Körperverletzungen berichteten, wurde die Anschlussfrage gestellt, ob den angegebenen Straftaten aus ihrer Sicht Vorurteile auf Täter:innenseite gegenüber der Zugehörigkeit des Opfers zu einer gesellschaftlichen Gruppe zugrunde lagen. Stimmten sie dem zu, folgten zusätzliche Fragen zu Tatmotiven sowie ihrem Anzeigeverhalten. Zu den abgefragten Motiven zählen: sozialer Status, Herkunft, Religion, politische Einstellung, Geschlecht/geschlechtliche Identität, Alter, Hautfarbe, Behinderung, sexuelle Orientierung sowie „andere Gruppen“ (Birkel et al., 2023, S. 49ff.).

Diese auf Körperverletzungsdelikte beschränkte Erfassung von Vorurteils-kriminalität in der 2020 durchgeführten Befragungswelle des SKiD wurde in der 2. Befragungswelle 2024 erweitert, indem auch Opfererfahrungen unterhalb der Schwelle von Körperverletzungen, etwa in Gestalt von Beleidigungen und Nötigungen, erfasst wurden.

Beim nächsten Analysezyklus des MOMo werden 2026 auch diese aus SKiD hervorgehenden Dunkelfelddaten einbezogen. Insofern wird dieser

Erweiterung der Erfassung von vorurteilsgeleiteten Übergriffen im Kontext von GMF Rechnung zu tragen sein.

Quantitativer Methodenstrang III: Daten der Opferberatungsstellen

Die dritte quantitative Komponente strebt Analysen auf Basis der Datenbestände aus der Opferberatungspraxis an. Hierzu können auf Grundlage einer Kooperation mit dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) Daten herangezogen werden, die der VBRG seinerseits kontinuierlich im Rahmen eines Opfermonitorings erhebt. Hierbei werden im Wesentlichen die Deliktsart beziehungsweise -schwere, die mutmaßlichen Motive sowie – analog zur SKiD-Studie – das Anzeigeverhalten erhoben. Das Monitoring umfasst Hell- und Dunkelfelddaten, wobei ein „doppeltes“ Dunkelfeld von Betroffenen verbleibt, welche sich weder an die Polizei noch an Beratungsstellen wenden.

Zum jetzigen Zeitpunkt stellen sich hinsichtlich dieser angestrebten Analyse insbesondere zwei Herausforderungen. Zwar orientiert sich das VBRG-Monitoring an der polizeilichen Erfassung strafrechtlich relevanter Vorfälle in der PMK-Statistik im Bereich der Vorurteilskriminalität. Es wird allerdings eng geführt auf solche Straftaten, die entweder der PMK-rechts zugeordnet sind oder die – entsprechend der Namensgebung des VBRG – den Unterthemen Rassismus und Antisemitismus aus dem Oberthemenfeld Hasskriminalität zugeordnet sind. Hinzu kommt, dass rassistisch und antisemitisch motivierte Opferverordnungen unabhängig von den mutmaßlich handlungsleitenden ideologischen, politischen oder religiösen Überzeugungen des Täters:der Täterin erhoben werden. Es werden hier also zum Beispiel auch politisch links oder religiös-islamistisch motivierte antisemitische Opferverordnungen erfasst. Um eine Vergleichbarkeit für Kontrastierungen mit dem Hellfeld der PMK Statistik herzustellen, ist es erforderlich, die in den PMK-Daten abgebildeten Opferverordnungen entsprechend zu filtern (vgl. hierzu den Abschnitt zu ersten Ergebnissen).

Ein Abgleich der PMK- und VBRG-Datenbestände ist weiterhin auch deshalb herausfordernd, weil die Erfassungspraktiken in mehrerlei Hinsicht deutlich voneinander abweichen. In der PMK-Statistik werden nur Opferverordnungen im Zusammenhang mit Körperverletzungsdelikten systematisch erfasst. Das VBRG-Monitoring hingegen erfasst auch Opferverordnungen aufgrund von Beleidigungen, Bedrohungen oder Nötigungen, sofern diese

den Beratungsstellen bekannt werden, sowie Vorfälle an oder unterhalb der Grenze der Strafbarkeit. Ferner geschieht das Opfermonitoring des VBRG nicht deutschlandweit in allen Bundesländern und zudem in den aktuell im VBRG-Monitoring aufgenommenen Bundesländern auch nicht über gleiche Zeiträume.

Bei Beginn des VBRG-Monitorings vor über zwei Dekaden waren zunächst neben Berlin nur die ostdeutschen Bundesländer vertreten. Das zuletzt aufgenommene Bundesland Hessen ist erst seit 2024 beteiligt. Aktuell sind zwölf Bundesländer im VBRG-Monitoring repräsentiert (ausgenommen: Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und das Saarland).

Diese angeführten Abweichungen von der PMK und dem SKiD stellen eine Herausforderung hinsichtlich der angestrebten Vergleiche der Datenbestände dar. Hierzu werden im Laufe der folgenden Analysezyklen entsprechende Datenaufbereitungen und -filterungen umgesetzt, um die Vergleichbarkeit zu erhöhen. Zum jetzigen Zeitpunkt bleibt festzuhalten: Da die Erfassungskriterien sowie Erfassungspraktiken von Opferwerdung, die dem VBRG-Opfermonitoring und der Erfassung der PMK zugrunde liegen, deutlich voneinander abweichen, ist ein Vergleich der Daten zum aktuellen Stand nur allenfalls ansatzweise möglich.

Diese künftig für eine Triangulation vorgesehenen drei empirisch-quantitativen Perspektiven auf Grundlage von Daten aus der PMK-Statistik, Dunkelfelderhebungen und Beratungspraxis eröffnen gleichwohl langfristig einen umfassenderen und differenzierteren Überblick zu Viktimisierungen infolge gewalttätiger GMF im Allgemeinen und vorurteilsgeleiteter Gewaltkriminalität im Besonderen. Über den hier verfolgten längsschnittlichen Ansatz werden so Hell-Dunkelfeld-Schwankungen beziehungsweise Entwicklungsdynamiken abbildbar und deren Relationen im Verlaufe der Zeit besser nachvollziehbar.

Der qualitative Methodenstrang

Das übergeordnete Ziel der vorgesehenen qualitativen Erhebungen ist eine nähere Aufhellung der Hintergründe und Formen von Opferwerdungen und der damit verbundenen Erfahrungen und Reaktionen, die sich so den quantitativen Daten nicht entnehmen lassen. Vorgesehen sind dazu zwei

qualitative Erhebungen von Primärdaten, in denen Opferwerdungen aus verschiedenen Perspektiven tiefergehend thematisiert werden: einerseits aus der Perspektive der im Beratungspraxisfeld arbeitenden Expert:innen, die im unmittelbaren Kontakt mit Opfern stehen, und andererseits aus Sicht der Betroffenen von gewaltträchtiger GMF als Expert:innen ihrer Erfahrungs- und Lebenswelt.

Qualitative Methoden I: Fokusgruppen mit Expert:innen

Im Rahmen des qualitativen Analysestrangs sollen die über die Analysen des quantitativen Methodenstrangs identifizierten Opfergruppen über Focus-Group-Diskussionen (überblickartig: Akyildiz & Ahmed, 2021, S 6ff.) mit Expert:innen aus dem hier relevanten Handlungsfeld einer sogenannten „Expert:innen-Validierung“ unterzogen werden.

Im Anschluss erfolgen davon ausgehend etwaige definitorische oder inhaltliche Revisionen sowie gegebenenfalls Modifikationen oder Erweiterungen der quantitativ-analytisch erschlossenen Gruppenprofile unter besonderer Berücksichtigung beratungspraktischer Aspekte: Muss sich die Praxis auf neue Opfergruppen oder wandelnde Charakteristika bereits bekannter Gruppen einstellen? Ergeben sich über Raum und Zeit sich verändernde Bedarfslagen, auf die die Ressourcensteuerung abzustimmen wäre?

Qualitative Methoden II: Qualitative Interviews mit betroffenen Opfern

Die unter Einbezug von Expert:innen erschlossenen Erkenntnisse über gegebenenfalls divergierende Opfergruppen bilden auch einen Ausgangspunkt für die Stichprobenbildung des zweiten qualitativen Kernelements des MOMo: Interviews mit Betroffenen, die den aus den quantitativen Daten identifizierten verschiedenen Opfergruppen angehören beziehungsweise welche Opfer repräsentieren, denen nach Auffassung der Expert:innen eine besondere Relevanz zukommt (basierend auf den Interviewauswertungen im Rahmen des qualitativen Methodenstrangs I).

Berater:innen verfügen über praktische Erfahrung und Fachwissen im Umgang mit Opfern, auf die bei der Durchführung der geplanten Interviews mit Opfern zurückgegriffen werden kann. Dieses Wissen soll zuvor über einzelne Interviews mit Berater:innen des VBRG erschlossen werden. Dies soll genutzt werden, Zugänge zu Betroffenen und eine opfer-sensible Herangehensweisen für Interviews sicherzustellen. Insoweit werden

die Beratenden auch als „Gatekeeper“ angesprochen, um den Zugang zu Betroffenen im Kontext vorurteilsgeleiteter Gewalt zu erleichtern (vgl. Hammersley & Atkinson, 2019, S. 54–55), denn sie verfügen über etablierte vertrauensbasierte Beratungs-Beziehungen.

Mit Opfern von GMF und vorurteilsgeleiteter Hasskriminalität sollen Interviews geführt werden, die die Betroffenen hinsichtlich ihrer Erfahrungen und Einschätzungen als Expert:innen ihrer jeweiligen Lebenswelt adressieren. Vorgesehen sind semistrukturierte, leitfadengestützte Interviews mit narrativen Sequenzen in Anlehnung an die Methode sogenannter problemzentrierter Interviews (Witzel & Reiter, 2022). Der thematische Fokus wird dabei auf die biografische Erfahrung von Opferwerdung gerichtet sein. Über die vorgesehenen direkten qualitativen Zugänge zu Betroffenen eröffnen sich tiefere Einblicke in die Opferperspektive, womit die quantitativ erschlossenen Befunde durch höher auflösende Bilder zu Opferwerdung im Sinne exemplarischer Repräsentanz ergänzt werden können.

Insbesondere diese methodische Komponente des Gesamtdesigns adressiert und berücksichtigt die lebensweltliche Expertise von unmittelbar Betroffenen. Hierüber sind praxisrelevante Erkenntnisgewinne zur (Weiter-)Entwicklung zielgruppenfokussierter und unmittelbar subjektbezogener Hilfsangebote erwartbar.

Ergebnisse der viktimologischen Analysen von PMK-Daten 2010 bis 2024

Im Folgenden legen wir erstmalig eine umfänglichere Analyse zu registrierten Opferverletzungen unter Nutzung der Daten der PMK vor. Basis dessen sind alle registrierten Fälle von PMK-Opferverletzungen – das heißt hier Körperverletzungsdelikte – im Zeitraum 2010 bis 2024 (siehe Abbildung 2).

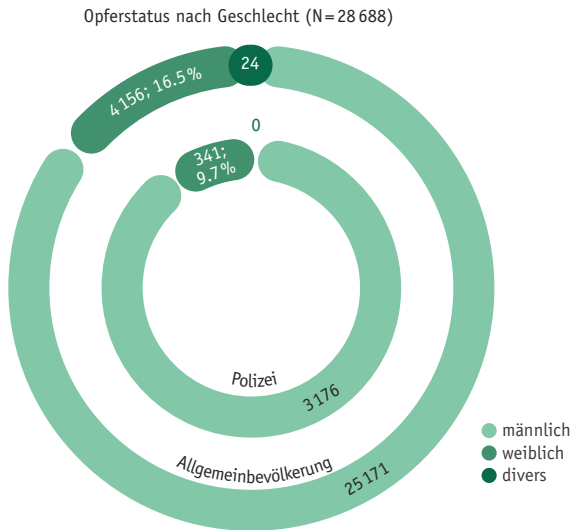


Abbildung 2: Opferverletzungen im Zusammenhang mit politisch motivierten Straftaten 2010-2024

Um die angestrebte Vergleichbarkeit insbesondere mit den Befunden des Opfermonitorings der Beratungsstellen (VBRG, 2025a; 2024a) sicherzustellen, werden wie oben bereits dargelegt, in den folgenden Analysen Opferverletzungen unter Polizeivollzugskräften ausgeklammert. Dies geschieht insbesondere auch, weil die Gruppe polizeilicher Opfer sich von derjenigen nicht polizeilicher Opfer hinsichtlich zentraler Merkmale unterscheidet. Unter polizeilichen Opfern finden sich zum einen über den gesamten Beobachtungszeitraum „2010-2024“ betrachtet verhältnismäßig weniger

Frauen als unter nicht polizeilichen Opfern (9.7 %–16.5 %).⁶ Die polizeilichen Opfer verfügen quasi ausnahmslos über die deutsche Staatsangehörigkeit (99.1 %–69 %). Auch geschieht die Opferwerdung unter Polizeivollzugskräften im Rahmen der Dienstausbübung – vor allem im Kontext von Einsätzen bei Demonstrationseignissen, während Opferwerdungen in der Allgemeinbevölkerung deutlich seltener im Zusammenhang mit Demonstrationen stehen (73.5 %–22.1 %). Ganz wesentlich aber ist der Umstand, dass polizeiliche Opferwerdung kaum im engeren Kontext von Hasskriminalität geschieht, während in der Allgemeinbevölkerung ganz offensichtlich das Risiko, Opfer von Hasskriminalität zu werden, deutlich höher ist. Über den gesamten Beobachtungszeitraum betrachtet, waren 3.1 % der tätlichen Übergriffe auf Polizeivollzugskräfte offenbar auf ein Motiv der Kategorie „Hasskriminalität“ zurückzuführen, während dies für die Allgemeinbevölkerung für 46.2 % aller als PMK polizeilich registrierten Opferwerdungen galt. Da die Motivkategorie „Hasskriminalität“ den zentralen Fokus des Opfermonitorings des VBRG darstellt, auf dessen Befunde und Daten wir uns künftig zu Vergleichsanalysen beziehen wollen, und aufgrund der skizzierten weiteren besonderen Charakteristika der Opfergruppe polizeilicher Vollzugskräfte, ist ein Ausschluss dieser Teilstichprobe aus den weiteren Analysen geboten. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich damit auf insgesamt 25 171 Opferwerdungen, die Personen betreffen, die nicht der Polizei angehören. Hiervon waren insgesamt 23 692 unterschiedliche Personen betroffen, von denen 22 768 (96.1 %) seit 2010 einmal Opfer wurden, während 707 Personen (3 %) zweimal und 121 (0.9 %) Personen dreimal oder häufiger Opfer einer politisch motivierten Gewaltstraftat wurden.

Die in den letzten anderthalb Dekaden deutlich, um mehr als das Doppelte gestiegene PMK insgesamt⁷ geht auch mit einer Zunahme von Opfern politisch motivierter Gewaltkriminalität einher: Während Gewaltstraftaten im Betrachtungszeitraum um 55.8 % zunahmen (2010: 2 636 – 2024: 4 107), wurden auch +48.4 % mehr körperlich geschädigte

6 Vergleichen wir die hier betrachtete Geschlechterverteilung von Opferwerdungen in der Allgemeinbevölkerung (ohne Polizeivollzugskräfte) mit entsprechenden Vergleichsdaten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), werden auffällige Unterschiede ersichtlich (BMI 2025a, S. 54f.): In der PKS ist der Anteil an weiblichen Opfern deutlich höher – die entsprechenden Vergleichswerte für 2024 betragen 22.3% (PMK) zu 41.5% (PKS) (weibliche Opfer) beziehungsweise 77.2% (PMK) zu 58.5% (PKS) (männliche Opfer). Dies legt nahe, dass politisch motivierte Gewalt im Vergleich zu Gewaltstraftaten der sog. Allgemeinkriminalität eine höhere Geschlechtsspezifität aufweist und weit überwiegend Männer trifft.

7 Fallzahlen PMK-Gesamt: 2010 – 27 180; 2024 – 84 172 – entspricht einer Zunahme von 209.6 %.

Personen in 2024 (2162) gegenüber 2010 (1457) als Opfer polizeilich registriert. Auffällig ist insbesondere die Steigerung 2024 gegenüber 2023 (1732) um 24,8 %. Offenbar geht der fortdauernde Polykrisen-Modus nicht nur mit einer zunehmenden Radikalisierung auf der Diskurs- und Einstellungsebene einher (vgl. Brettfeld et al. in diesem Band), sondern auch mit einem insgesamt angespannteren gesellschaftlichen Umfeld, in dem das Risiko gestiegen ist, Opfer politisch motivierter Straftaten zu werden.

Festzuhalten sind weiter vor allem zwei Beobachtungen. Wie Abbildung 3 ausweist, verlief die Entwicklung seit 2024 zum einen diskontinuierlich und zum anderen war sie durchgehend durch eine Dominanz politisch rechts motivierter Opferwerdungen gekennzeichnet.⁸

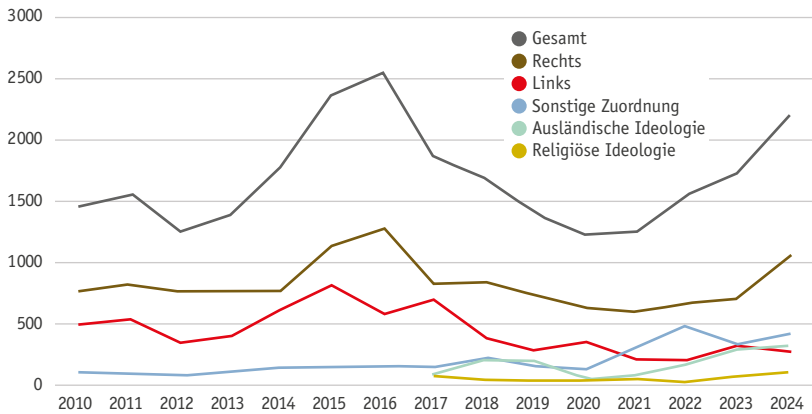


Abbildung 3: Opfer politisch motivierter Gewalt nach Phänomenbereichen im Längsschnitt (2010–2024, N = 25 171)

⁸ Wegen einer Umstellung der Erfassung der PMK in 2017 finden sich die Fallzahlen zum Phänomenbereich „ausländische Ideologie“ und „religiöse Ideologie“ erst ab dem Jahr 2017 separat abgebildet. In den Jahren zuvor erfolgte keine getrennte Erfassung und es wurde auf eine Abbildung verzichtet. Den Phänomenbereichen, des mutmaßlichen ideologischen Hintergrundes, das heißt der PMK-rechts, -links sowie -religiöse Ideologie werden Straftaten zugeordnet, deren Tatbegehungsmerkmale auf eine entsprechende Motivation schließen lassen. Dem Phänomenbereich „ausländische Ideologie“ werden Straftaten zugeordnet, wenn „... Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine aus dem Ausland stammende nichtreligiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war ...“ (Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundesministerium der Justiz, 2024, S. 8).

In den diskontinuierlichen Kurvenverläufen scheinen insgesamt zwei „Krisenzeiträume“ seit 2010 auf. Zum Ersten wurde im zeitlichen Kontext des hohen Flüchtlingsaufkommens infolge der kriegesischen Auseinandersetzungen in Syrien das bisher höchste Aufkommen an politisch motivierten Opferwerdungen in den Jahren 2015 und 2016 registriert. Hier gingen Straftaten, insbesondere in Gestalt von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünften, die dem Themenfeld „Ausländer-/Asylthematik“ zugeordnet wurden, mit Opferwerdungen einher. Daran schloss sich eine Phase deutlich zurückgehender Fallzahlen an, die ihren Tiefststand 2020 erreichte (1 221). Dies entspricht einem Rückgang von über 50 % gegenüber dem bisher gemessenen Höchststand in 2016 (2 531).

Zum Zweiten ist seit 2019, an dessen Ende sich erste Meldungen zu einer möglichen schwerwiegenden Pandemie global verbreiteten, ein stetiger Anstieg von Opferwerdungen zu beobachten. Dieser erfolgt parallel zu dem sich seit 2021/2022 intensivierenden und seitdem fortschreibenden Polykrisen-Modus. In 2024 wurde mit 2 162 Opferwerdungen nach 2016 der im historischen Vergleich bisher zweithöchste Stand registriert.

Betrachtet man die Entwicklungen in Bezug auf die verschiedenen ideologischen Hintergründe, die diesen Opferwerdungen mutmaßlich zugrunde lagen, ist zunächst festzuhalten, dass sich die im Zeitraum des MOTRA Monitorings zu verzeichnenden Anstiege primär auf die zunehmende Anzahl von Opferwerdungen aufgrund von Straftaten aus politisch rechts-ideologischen Motiven zurückführen lassen. Im gesamten Beobachtungszeitraum der vorgestellten Analysen (2010–2024) wurde nahezu jede zweite geschädigte Person aufgrund einer politisch rechts gerichteten Motivlage Opfer (49 %). Es folgen mit deutlichem Abstand und in absteigender Reihenfolge die Phänomenbereiche PMK-links (26 %), ausländische und religiöse Ideologie (13 %) und die Kategorie Sonstige Zuordnung (12 %), welche in Bezug auf Abb. 3 bereits näher beschrieben wurden.

Interessant mit Blick auf diese Entwicklungen ist eine erste Gegenüberstellung mit Befunden der in MOTRA eingebundenen Einstellungsbefragung der MiD-Studie. Über die ersten fünf Befragungswellen (2021–2025) vermittelt sich ein Bild eines zunehmenden Bedrohungsgefühls durch unterschiedliche Formen politisch motivierter Gewalt im eigenen Lebensumfeld (Wetzels et al., 2025, 14ff.). Der Anteil Befragter, die sich „etwas“ oder „sehr“

bedroht fühlen, erreichte bei der jüngsten Befragung jeweils Höchststände mit Blick auf politisch rechts (2021: 20 % – 2025: 25.2 %, entspricht einer Steigerung von 26 %), links (2021: 10.3 % – 2025: 13.6 %, entspricht einer Steigerung um 32 %) und islamistisch motivierte Gewalt (2021: 16.2 % – 2025: 26.8 %, entspricht einer Steigerung von 65 %). Diese Beobachtung einer Zunahme des subjektiven Bedrohungsempfindens in den letzten fünf Jahren erfährt im Trend eine gewisse Entsprechung in den hier dokumentierten Fallzahlentwicklungen: Opferwerdungen aufgrund rechter Straftaten nahmen von 2020 bis 2024 um 66.7 % zu und im Phänomenbereich „religiöse Ideologie“ um 106 %.⁹

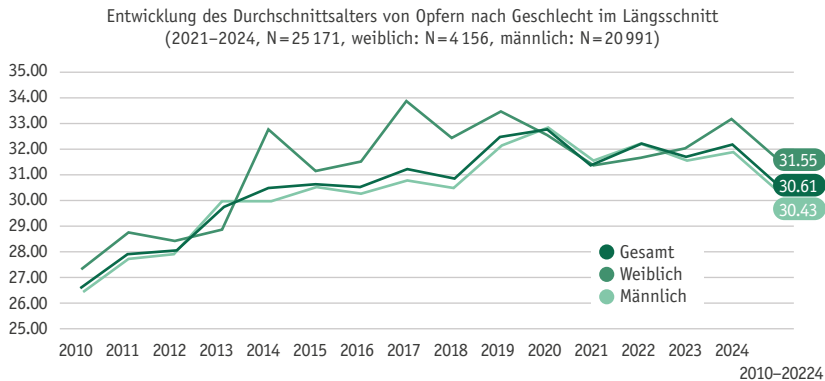


Abbildung 4: Entwicklung des Durchschnittsalters von Opfern nach Geschlecht*

*Aufgrund der äußerst geringen Fallzahlen von Opfern ohne eindeutige Geschlechtszugehörigkeit wurde auf die Angabe des Durchschnittsalters für diese Teilgruppe verzichtet.

9 Dass das Bedrohungsempfinden gegenüber islamistisch motivierter Gewalt trotz insgesamt deutlich geringerer Fallzahlen als im Bereich rechts motivierter Opferwerdungen auf ähnlich hohem Niveau ausgeprägt ist, steht – so kann begründet gemutmaßt werden – offensichtlich im Zusammenhang mit der Deliktsqualität und einer damit einhergehenden umfänglicheren, bundesweiten Medienberichterstattung. Dafür spricht, dass die insgesamt 33 Opferwerdungen, die im hier betrachteten Vergleichszeitraum im Zusammenhang mit als „Terrorismus“ eingestuften Gewaltdelikten stehen, mehrheitlich auf religiös-islamistisch (19) motivierte Taten entfallen, gefolgt von rechts motivierten (14). Weiterhin auffallend ist, dass das Bedrohungsempfinden gegenüber linker Gewalt im Betrachtungszeitraum zugenommen hat, obwohl die Fallzahlen zu den entsprechend politisch motivierten Opferwerdungen sich geradezu gegenläufig entwickelt haben, indem sie in diesem Zeitraum relativ betrachtet um 20.7 % abgenommen haben.

Wie in Abbildung 4 dargestellt, sind über den gesamten Beobachtungszeitraum betrachtet die geschädigten Personen durchschnittlich 30.4 Jahre alt. Auffällig ist, dass das Durchschnittsalter zwischen 2010 und 2024 von 26.5 deutlich – um 5.7 Jahre – auf 32.2 Jahre zugenommen hat. Diese Steigerung ist deutlich höher als das um nahezu zwei Jahre im Vergleichszeitraum gestiegene Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung in Deutschland auf 44 Jahre in 2024 (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2025). Festzuhalten ist, dass das Risiko, Opfer Politisch motivierter Kriminalität zu werden, vor allem in jüngeren Alterskohorten höher ist, sind Opfer doch durchschnittlich deutlich jünger als das Durchschnittsalter der Bevölkerung insgesamt: 50 % aller Opfer sind nicht älter als 27 Jahre.

Weiter fällt in Bezug auf die sozialräumliche Verteilung ein deutliches Ost-West-Gefälle auf, wie in Abbildung 5 illustriert. Zwar wurden von 2010 bis 2024 in Westdeutschland insgesamt mehr Personen geschädigt (14 033) als in Ostdeutschland (11 138). Relativ zur Bevölkerungsanzahl sind in Ostdeutschland in den letzten 15 Jahren damit aber mehr als dreimal so viele Personen pro 100 000 Einwohner Opfer einer politisch motivierten Straftat geworden als in Westdeutschland (Ost = 69.2 gegenüber West = 20.8; Deutschland insgesamt = 30.1)¹⁰. Dieses Verhältnis findet sich auch für den jüngsten Einzeljahrgang 2024. Hier stehen 5.6 Viktimisierungen pro 100 000 Einwohner in Ostdeutschland 1.9 in Westdeutschland gegenüber (Gesamtdeutschland: 2.6) – eine fast dreifach erhöhte Opferrate. Im 15-jährigen Betrachtungszeitraum kam es dabei sowohl in West- als auch in Ostdeutschland zu deutlichen Steigerungen der Fallzahlen (2010: 781/676 – 2024: 1267/895). Während die relative Steigerung aber in Westdeutschland bei 62.2 % lag, fiel sie in Ostdeutschland mit 32.4 % deutlich moderater aus, die Belastungszahlen näherten sich insoweit aneinander an. Bezogen auf Opferwerdungen pro 100 000 Einwohner sieht es wie folgt aus: 2010: 1.2 West/4.1 Ost – 2024: 1.9 West/5.6 Ost. Während die Fallzahlen in 2010 in Ostdeutschland um Faktor 3.4 höher als in Westdeutschland lagen, fällt der entsprechende Vergleichswert in 2024 mit 2.9 niedriger aus. Es bleibt zu beobachten, ob dies ein Anzeichen für eine sich weiterhin vollziehende Angleichung von Opferwerdung im Kontext von politisch motivierter Gewaltkriminalität in Ost- und Westdeutschland ist.

¹⁰ Bevölkerungszahlen zum Stichtag 31.12.2024: Gesamtdeutschland – 83 577 140, Westdeutschland – 67 483 235, Ostdeutschland – 16 093 905 (Destatis, 2025).

Ergänzend sei auf zwei weitere vergleichende Betrachtungen von präventionspraktischer Relevanz eingegangen: Zum einen gehen die deutlich höheren Opferzahlen pro 100 000 Einwohner in Ost- gegenüber Westdeutschland vor allem auf Differenzen der Opferwerdungen im Zusammenhang mit politisch rechts sowie in deutlich geringerem Ausmaß links motivierten Gewaltstraftaten zurück (siehe Abbildung 5). Im Bereich von Opferwerdungen aufgrund von religiösen oder ideologischen Motivlagen mit Bezug zum Ausland kann sich hingegen die Beratungspraxis in Ost- sowie Westdeutschland aktuell auf ein ähnlich ausgeprägtes Fallaufkommen in Bezug auf die bevölkerungsrelativierten Zahlen einstellen.

Zum anderen ist das durchschnittliche Lebensalter zum Zeitpunkt der Opferwerdung über den Gesamtzeitraum 2010 bis 2024 betrachtet im Osten um anderthalb Jahre niedriger (Ost: 29.8 – West: 31.3). Diese Altersdifferenz hat im Verlaufe der Zeit zugenommen: Im Jahr 2010 betrug sie 1.3 Jahre (Ost: 25.9 – West: 27.1), während sie 2024 auf drei Jahre angestiegen ist (Ost: 30.6 – West: 33.4).

Richtet man den Blick auf die ideologischen Hintergründe im Jahr 2024, wie in Abbildung 5 veranschaulicht, stehen Opferwerdungen im Bereich der PMK ideologisch vor allem im Zusammenhang mit politisch rechts gelagerten Motivlagen. Es folgen mit weitem Abstand Opferwerdungen, die ideologisch anhand der Tatbegehungsumstände nicht näher kategorisiert werden können, wie sie unter „Sonstige Zuordnung“ aufgeführt sind beziehungsweise weiter in absteigender Rangfolge, im Zusammenhang mit ideologischen Positionen stehen, ihren Ursprung im Ausland haben oder die politisch links beziehungsweise religiös gelagert sind.

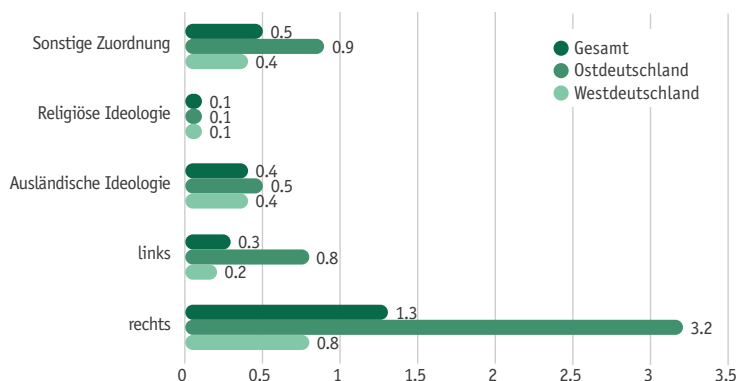


Abbildung 5: Opfer Politisch motivierter Kriminalität pro 100 000 Einwohner in Ost-, Westdeutschland nach Phänomenbereichen 2024 (N = 2 162)

Um die Motivlagen genauer einschätzen zu können, ist es ferner aufschlussreich, die konkreten Anlässe für das jeweilige Tatgeschehen zu berücksichtigen. Diese sind in der Regel leichter und objektiver zu erfassen als die mutmaßlichen politisch-ideologischen Einstellungen der Täter, da sich Anlässe in aller Regel an konkret-objektivierbaren Tatumständen festmachen lassen (etwa: Demonstrationen zu spezifischen Themen, Angriffe auf bestimmte Zielgruppen oder Objekte wie zum Beispiel Asylunterkünfte, religiöse Einrichtungen). Zu diesem Zweck werden die Taten entsprechend der PMK-Erfassungssystematik Oberthemen zugeordnet, die eine Einordnung danach erlauben, auf welchen Anlass beziehungsweise welche gruppenbezogenen Vorbehalte die Opferwerdungen zurückgeführt werden können. Insbesondere mit Blick auf gruppenbezogene Vorbehalte erfolgt ergänzend eine Zuordnung zu Unterthemen, die es erlauben, die mutmaßliche Zielgruppe der jeweiligen Gewalttat näher einzuordnen. Dabei können Taten auch mehreren Ober- und Unterthemen zugeordnet werden¹¹. In der folgenden Tabelle 1 sind jene Oberthemen aufgeführt, auf die mindestens 5 % der politisch motivierten Viktimisierungen des Betrachtungszeitraums 2010 bis 2024 insgesamt und des aktuellsten Erhebungsjahres 2024 entfallen.

¹¹ Im Durchschnitt wurden die erfassten Straftaten 1.7 unterschiedlichen Oberthemen sowie 1.5 Unterthemen zugeordnet. Wenn im Folgenden angegeben wird, wie viele der Straftaten diesem oder jenem Ober- oder Unterthema zugeordnet wurden, ist immer auch zu berücksichtigen, dass in dem entsprechenden Strafgeschehen gemäß den Tatbegehungsumständen in aller Regel über das jeweilige beschriebene Themenfeld hinausgehend weitere thematische Bezüge gegeben sind.

Tabelle 1

Oberthemen politisch motivierter Gewalttaten mit Opfern nach Region
(Mehrfachnennungen möglich, siehe Fußnote 11)

Oberthema	Gesamtdeutschland (Fälle pro 100.000 Einw.)		Westdeutschland (Fälle pro 100.000 Einw.)		Ostdeutschland (Fälle pro 100.000 Einw.)	
	2010–2024 (N=25 171)	2024 (N=2 162)	2010–2024 (N=14 033)	2024 (N = 1 267)	2010–2024 (N = 11 138)	2024 (N = 895)
Antifaschismus	3 101 (3.7)	120 (0.1)	2 074 (3.1)	83 (0.1)	1 027 (6.4)	37 (0.2)
Ausländer-/ Asylthematik	3 873 (4.6)	331 (0.4)	1 211 (1.8)	110 (0.2)	2 662 (16.5)	221 (1.4)
Hasskriminalität	11 628 (14)	1 315 (1.6)	5 519 (8.2)	751 (1.1)	6 109 (38)	564 (3.5)
Innen-/ Sicherheitspolitik	3 899 (4.7)	201 (0.2)	2 970 (4.4)	144 (0.2)	929 (5.8)	57 (0.4)
Konfrontation/ Politische Einstellung	12 741 (15.2)	911 (1.1)	7 710 (11.4)	536 (0.8)	5 031 (31.3)	375 (2.3)
Nationalsozialismus/ Sozialdarwinismus	2 070 (2.5)	195 (0.2)	1 316 (2)	131 (0.2)	754 (4.7)	64 (0.4)

Von den insgesamt sechs Oberthemen, auf die jeweils mindestens 5 % des PMK-Fallaufkommens mit Opferwerdungen entfallen, stechen über den gesamten Beobachtungszeitraum 2010 bis 2024 die Themenfelder „Konfrontation/Politische Einstellung“ und „Hasskriminalität“ mit Anteilen von jeweils 50.6 % beziehungsweise 46.2 % hervor. Mit deutlichem Abstand folgen quasi gleichauf die Themenfelder „Innen- und Sicherheitspolitik“ und „Ausländer-/Asylthematik“ mit 15.5 % beziehungsweise 15.4 %. Wiederum mit Abstand sind die Oberthemen „Antifaschismus“ mit 12.3 % und „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ mit 8.2 % aufzuführen.

In Bezug auf die aktuellsten Daten des Jahres 2024 zeigen sich deutliche Verschiebungen. Hier entfällt auf das Themenfeld „Hasskriminalität“ mit 60.8 % ein deutlich höherer Anteil der polizeilich registrierten Gewalttaten mit Opferwerdungen als im gesamten Beobachtungszeitraum. Es folgen in absteigender Reihenfolge die Themenfelder „Konfrontation/Politische Einstellung“ (42.1 %), „Ausländer-/Asylthematik“ (15.3 %), „Innen- und Sicherheitspolitik“ (9.3 %), „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ (9.0 %) und „Antifaschismus“ (5.6 %).

Das insgesamt höhere Fallzahlenaufkommen an Viktimisierungen in Ost- im Vergleich zu Westdeutschland ist vor allem auf Opferwerdungen infolge von Taten zurückzuführen, die den Themenfeldern „Hasskriminalität“ und „Ausländer-/Asylthematik“ zugeordnet wurden: Hier liegen die Fallzahlen pro 100 000 Einwohner in Ostdeutschland jeweils drei- beziehungsweise siebenmal höher als in Westdeutschland.

Nimmt man das Themenfeld der Konfrontation mit dem jeweiligen politischen Gegner näher in den Blick, erweist sich insbesondere die Konfrontation zwischen linken und rechten Gruppierungen als bedeutsam. Mehr als 70 % der Straftaten aus diesem Themenfeld entfallen darauf (PMK-links: 43.4 % – PMK-rechts: 27.8 %). Die links motivierten Konfrontationsdelikte sind dabei zumeist in eine antifaschistische Motivlage eingebettet, mehr als neun von zehn (93.1 %) der dem Oberthema Antifaschismus zugeordneten Viktimisierungen werden dem Phänomenbereich PMK-links zugeordnet. Dies entspricht jeder zweiten politisch links motivierten Opferwerdung (52.2 %) durch politisch opponierende Personen.

In Bezug auf den Zeitraum seit Beginn des MOTRA-Monitorings im Jahr 2020 spiegelt sich die im Zuge des Polykrisen-Modus zunehmende gesellschaftliche Spaltung in einem starken Anstieg von Opferwerdungen im Kontext von Gewaltakten zwischen politisch opponierenden Personen(gruppen) wider (2020: 574 – 2024: 911, +58.7 %). Während die jährlichen Steigerungsraten von 9.1 % bis zu 23.4 % in 2023 stark zunehmen, schwächt sich diese Steigerungsdynamik hingegen in 2024 deutlich ab. So liegt mit 6.1 % die bisher geringste Steigerung im Vergleich zum Vorjahr vor, die im Monitoringzeitraum von MOTRA gemessen wurde.¹²

In diesem Kontext höchst interessant ist auch der Blick auf das in MOTRA integrierte Protestmonitoring (vgl. Groß et al. in diesem Band): Die große pro-demokratische Protestwelle Anfang 2024 gegen Rechts-extremismus ging danach nicht mit entsprechend motivierten Opferwerdungen im Zusammenhang von Demonstrationsereignissen einher. Zwischen 2023 und 2024 haben Opferwerdungen infolge von Straftaten

¹² Damit liegt der Wert auch weit unterhalb der Steigerung der PMK insgesamt von 40.2 % in 2024 gegenüber 2023 und der politisch motivierten Taten, die mit Opferwerdungen einhergingen, die um 24.8 % zunahmen. Die gestiegenen Zahlen von Viktimisierungen im Kontext von PMK in 2024 gehen vor allem auf gewaltsame Hasskriminalität mit einem Zuwachs von 40.8 % zurück.

im Zusammenhang mit Demonstrationsereignissen nach den PMK-Daten deutlich abgenommen (2023: 428 – 2024: 280, -34.6 %): Während in 2023 gut jede vierte (24.7 %) polizeilich registrierte PMK-Gewalttat mit Opferwerdung im Zusammenhang mit einer Demonstration geschah, traf das in 2024 lediglich auf jede achte PMK-Gewalttat zu (13 %), und das, obwohl insgesamt die Anzahl geschädigter Personen aufgrund von PMK zwischen 2023 und 2024 um 24.8 % zunahm (vgl. hierzu Abbildung 3). Opferträchtige Konfrontationsgewalt fand in 2024 gegenüber 2023 offensichtlich eher außerhalb von Demonstrationen statt – in alltäglichen oder konkret aufsuchenden direkten Kontakten zwischen gewaltsam opponierenden Personen (Gruppen) außerhalb angemeldeter Versammlungen. Der Indikator polizeilich registrierter Opferwerdung im Zusammenhang mit Demonstrationsereignissen stützt insoweit den Befund des Protestmonitorings mit Blick auf die Feststellung eines 2024 im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt friedlicheren Protestgeschehens (vgl. Groß et al. in diesem Band). Hier bleibt abzuwarten, wie sich die Entwicklungen in 2025 darstellen, nachdem auf der Ebene von Einstellungen Zunahmen von Intoleranz und Vorurteilen sowie vermehrte Bedrohungswahrnehmungen und Verunsicherungen deutlich erkennbar sind (vgl. Brettfeld et al. in diesem Band), die vor dem Hintergrund von sozialpsychologischen Erkenntnissen auch einen Anstieg interpersonaler Konflikt-Eskalationen erwarten lassen (vgl. Meyer, 2025, S. 205 ff.).

Während, wie gezeigt, Opferwerdungen im Zusammenhang mit Konfrontationsdelikten ideologisch stärker politisch links gelagert sind, ist insbesondere bei den Gewaltstraftaten der Oberthemen „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ sowie „Hasskriminalität“ eine politisch rechts orientierte Motivationslage bedeutsam. Das Gros von Opferwerdungen in diesen Themenfeldbereichen ist auf Taten aus dem Phänomenbereich PMK-rechts mit 91.3 % beziehungsweise 76.4 % zurückzuführen. Hiermit sind Straftaten angesprochen, die antifaschistische Positionierungen stimulieren, die offensichtlich wiederum Konfrontationsdelikte linker gegenüber rechten Akteursgruppen motivieren. Gewalttaten, die den vorgenannten Oberthemen zugeordnet werden, haben im Vergleich zu den anderen drei Oberthemen, auf die mindestens 5 % der PMK-Taten mit Opferwerdungen entfallen, die höchsten Steigerungsraten.

Unter dem Oberthema „Konfrontation/Politische Einstellung“ wurden in 2024 gegenüber 2020 deutlich mehr geschädigte Personen registriert (2020: 574 – 2024: 911, Zunahme um 58.7 %). Bei den Themenfeldern „Hasskriminalität“ (2020: 669 – 2024: 1 315, Zunahme um 96.6 %) und – auf niedrigerem Gesamtniveau – „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ (2020: 81 – 2024: 195, entspricht: +140.7 %) fallen die Steigerungen sehr deutlich aus. Was die Zuordnung zu den drei weiteren Themenfeldern betrifft (siehe Tabelle 1), beobachten wir seit Aufnahme des MOTRA-Monitorings moderate Zunahmen, ausgenommen antifaschistisch motivierte Viktimisierungen: Die Themenfelder „Innen-/Sicherheitspolitik“ (2020: 181 – 2024: 201, Zunahme um 11.0 %) und „Ausländer-/Asylthematik“ (2020: 285 – 2024: 331, Zunahme um 16.1 %) sind im Verlaufe der zurückliegenden Jahre vergleichsweise moderat gestiegen. Auffällig abgenommen hat hingegen die Zahl geschädigter Personen aufgrund antifaschistisch motivierter Straftaten (2020: 156 – 2024: 120, Abnahme um 30.0 %).

Erstes Resümee und Ausblick zu den weiteren Schritten des MOMo

Im vorliegenden Beitrag wurden erste Befunde des MOMo zu Entwicklung der Opferwerdungen im Kontext vorurteilsgeleiteter PMK dokumentiert. Hierbei wurden zunächst nur die Falldaten zu allen seit 2010 polizeilich registrierten politisch motivierten Straftaten berücksichtigt, die zu einer Schädigung von Personen in Gestalt von Körperverletzungen führten. Für diesen Teil des Geschehens konnten damit einen 15-jährigen Beobachtungszeitraum umfassende, viktimologische deskriptiv-statistische Analysen zur Entwicklung von Opferwerdungen durch Politisch motivierte Kriminalität präsentiert werden.

Die weiteren in MOMo vorgesehenen quantitativen und qualitativen Untersuchungsbestandteile konnten bis zum Zeitpunkt dieses Berichts noch nicht vollständig umgesetzt werden. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass MOMo erst im März 2025 starten konnte und die erforderlichen Datenaufbereitungen für einen systematischen Vergleich mit Hellfelddaten aus der Opferberatungspraxis sowie mit Dunkelfelddaten aus dem Deutschen Viktimisierungssurvey „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ noch

nicht abgeschlossen sind. Gleiches gilt für die geplanten qualitativen Interviews mit Expert:innen aus der Praxis und Opfern, die sich in Vorbereitung befinden. Insofern wird mit den hier dokumentierten ersten Analysen das Erkenntnispotenzial des MOMo-Forschungsdesigns nur zum Teil ausgeschöpft. Bisher ist bildlich gesprochen nur die Spitze des Eisbergs in Gestalt polizeilich erfasster physischer Personenschäden durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und politisch motivierte, personengerichtete Gewalt abgebildet.

Um dem Anspruch einer möglichst umfassenden Abbildung des Geschehens von Opferwerdung näher zu kommen, werden in 2026 zunächst die Datenaufbereitungen zum Abgleich mit den Daten aus dem Opfermonitoring der Beratungspraxis und der Dunkelfeldbefragung „SKiD“ vorangetrieben. Von den kontrastierenden Vergleichen zwischen den Hellfelddaten aus Polizei- und Opferberatungspraxis mit den Dunkelfelddaten versprechen wir uns differenziertere Einblicke in dieses komplexe Feld.

Es ist ein genereller Befund kriminologischer Forschung, dass das Dunkel- und polizeilich erfasste Hellfeld von Kriminalität stark voneinander abweichen. Blicken wir auf das Phänomen von Opferwerdung im Kontext von GMF, so haben wir es offensichtlich mit enorm hohen Abweichungen zu tun. Während die jährlich vorgelegten Polizei- und Beratungsstatistiken „lediglich“ eine kleinere bis mittlere vierstellige Zahl von Opferwerdungen dokumentieren, berichtete in der repräsentativen deutschlandweiten Dunkelfeldbefragung „SKiD“ etwa 1 % der Befragten, im zurückliegenden Jahr, Opfer vorurteilsgeleiteter Gewalt geworden zu sein (Birkel et al., 2023, S. 77f.). Insofern wäre bezogen auf die erwachsene Gesamtbevölkerung Deutschlands von einer weitaus höheren Anzahl strafrechtlich relevanter Opferwerdungen aufgrund von GMF auszugehen. Selbst wenn wir aufgrund der erheblichen Unschärfen der Erfassungen nur vorsichtig interpretieren, ist von einem gegenüber dem durch Polizei und Opferberatungsstellen erfassten Hellfeld ganz erheblich größeren Dunkelfeld auszugehen. Wir werden hierzu unter Berücksichtigung der erhobenen Anzeigequoten der SKiD-Befragungswellen 2020 und 2024 im nächsten MOTRA-Monitor erste Hochrechnungen berichten können.

Das Dunkelfeld gilt es, über regionalräumlich differenzierende Analysen im weiteren Fortgang des Monitorings näher in den Blick zu nehmen. Ergänzend werden hierzu Interviews mit Expert:innen aus der Beratungspraxis und Betroffenen selbst geführt werden, um besser zu verstehen, warum Opferwerdung aufgrund GMF offenbar nur ansatzweise über das Hellfeld erfasst wird, wie es sich einerseits über die polizeiliche PMK-Statistik und andererseits über das Opfermonitoring der Opferberatungsstellen abbildet. Hierzu werden zwei zentrale Fragestellungen die weiteren Analysen leiten. Welche Rolle spielt ein mangelndes Vertrauen in Institutionen sowohl des Strafrechts und der Strafverfolgung als auch der Beratung und Hilfe? Ist Opferwerdung im Kontext von GMF gegebenenfalls stärker als andere Viktimisierungserfahrungen mit Scham- und/oder Angstgefühlen verknüpft, was wiederum Eröffnungsbereitschaft und Suche nach Unterstützung beeinträchtigt? Diese Fragen werden im weiteren Fortgang sowohl in den Erhebungen mit Expert:innen als auch in Interviews mit betroffenen Opfern thematisiert.

Die qualitativen Erhebungen sollen 2026 im Feld begonnen werden. Auf diesem Wege wird es möglich, die Perspektive von Opfern einzubeziehen, wenn es um die Frage geht, welche handlungspraktischen Ableitungen auf Grundlage der quantitativ erschlossenen Befunde gezogen werden sollten. Die Betroffenen werden insoweit als Expert:innen ihrer spezifischen Erfahrungswelt adressiert. Dabei geht es vor allem auch darum, wie die unmittelbare Beratungspraxis einerseits sowie die politisch-medialen und fachlichen Diskurse andererseits gestaltet werden sollten, um Viktimisierungserfahrungen besser bewältigen und bestenfalls künftig auch vermeiden zu können.

Trotz der gegenwärtig noch eingeschränkten empirischen Befundlage des MOMo deuten die ersten Ergebnisse den möglichen Mehrwert des in MOTRA neu aufgenommenen Opfermonitorings an. Die vorgelegten Resultate bieten bereits erste Orientierungen für die Gestaltung entsprechender Maßnahmen:

- Die in den letzten anderthalb Dekaden deutlich, um mehr als das Doppelte gestiegene PMK insgesamt geht auch mit einer Zunahme von Opfern politisch motivierter Gewaltkriminalität einher: Während Gewaltstraftaten

im Betrachtungszeitraum um 55.8 % zunahmen (2010: 2 636 – 2024: 4 107), wurden auch +48.4 % mehr körperlich geschädigte Personen in 2024 (2 162) gegenüber 2010 (1 457) als Opfer polizeilich registriert. Hauptsächlich lassen sich die Anstiege von Gewalttaten im Zeitraum des MOTRA Monitorings politisch rechten Motiven zuschreiben.

- Polizeilich registrierte Opfer Politisch motivierter Kriminalität sind überwiegend männlich, wenngleich in den letzten 15 Jahren der Anteil weiblicher Opfer deutlich zugenommen hat (2010: 12.6 % – 2024: 22.3 %).
- Opferwerdung im Kontext vorurteilsgeleiteter PMK geschieht insbesondere (und mit weitem Abstand zu anderen Motivlagen) aufgrund ideologisch rechts motivierter Taten. 2024 war die Anzahl rechts motivierter Opferwerdungen pro 100 000 Einwohner exakt genauso hoch wie die Summe aller Opferwerdungen aufgrund anderer beziehungsweise nicht näher kategorisierbarer ideologischer Hintergründe (vgl. Abbildung 5).
- Das Durchschnittsalter von Opfern hat seit 2010 um nahezu sechs Jahre auf nunmehr 32.2 Jahre zugenommen (vgl. Abbildung 4). Es handelt sich somit nicht um ein Geschehen, das vor allem die Altersgruppe Jugendlicher und junger Erwachsener betrifft.
- Es zeigen sich deutliche regionalräumliche Unterschiede, was sich an einem ersten Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland festmachen lässt. In Ostdeutschland sind in 2024 nahezu dreimal so viele Opfer von Politisch motivierter Kriminalität pro 100 000 Einwohner registriert worden wie in Westdeutschland, wenngleich die Diskrepanz über den 15-jährigen Beobachtungszeitraum etwas abgenommen hat: In 2010 lag Ostdeutschland noch um Faktor 3.4 höher als Westdeutschland (2024 – Faktor 2.9).

Die hier dokumentierten Befunde und Entwicklungen eines deutlichen Ost-West-Gefälles – insbesondere in den Phänomenbereichen „links“ und „rechts“, einer Zunahme von Opferwerdungen durch rechtsideologische sowie vorurteilsgeleitete Motive, einer Zunahme des Durchschnittsalters von Opferwerdung sowie einer Erhöhung des Anteils von weiblichen

Opfern im Verlaufe des Beobachtungszeitraums illustrieren die Notwendigkeit beziehungsweise den erkenntnisfördernden Mehrwert eines systematischen Monitorings, wie es von MOMo beziehungsweise MOTRA insgesamt verfolgt wird. Dies wird durch weitere quantitative und qualitative Analysen weiter ausdifferenziert werden, um Opferwerdung im Kontext von GMF als einen zentralen Indikator für ein normativ entgrenztes, in physische Gewalt umgeschlagenes Radikalisierungsgeschehen bestmöglich erfassen zu können.

Literatur

- Akyildiz, S. T. & Ahmed, K. H. (2021). An overview of qualitative research and focus group discussion. *International Journal of Academic Research in Education*, 7(1), 1–15.
- Alla, Y., Brick, J., M' Hand, S. M. O., Rehrmann, J., Broden, A. Dib, J. & Kluß, A. (2024). *Extrem rechte und rassistische Gewalt. Auswirkungen – Bewältigungsstrategien – Konsequenzen*. Beltz.
- Backes, U., Gräfe, S., Kailitz, S., Pickel, G. & Yendell, A. (2018). *Bericht zur Entwicklung der Kriminalität gegen Ausländer und Flüchtlinge in Deutschland 2013–2017*. Expertise im Auftrag des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration für das Jahresgutachten 2019.
- Becker, R., Bohn, I., Küpper, B., Reinfrank, T. & Schmitt, S. (Hrsg.) (2022). *Wissenschaftsfeindlichkeit: Angriffe auf Wissenschaft(ler*innen) und ihre Bedeutung für Bildung und Demokratie*. Wochenschau Verlag.
- Bender, R. & Weber, K. (2023). Vorurteilskriminalität – Viktimisierung durch vorurteilsmotivierte Gewalt. In: D. Bolesta, J. L. Führer, R. Bender, A. Bielejewski, A. Radewald, K. Weber & F. Asbrock (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS): Ergebnisse der ersten bis dritten Erhebungswelle*. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e. V. <https://www.zkfs.de/pawaks/>
- Birkel, C., Church, D., Hummelsheim-Doss, D., Leitgöb-Guzy, N. & Oberwittler, D. (2019). *Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017. Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland*. Bundeskriminalamt. file:///C:/Users/P19980/Downloads/ersteErgebnisseDVS2017_Download-1.pdf
- Birkel, C., Church, D., Erdmann, A., Hager, A. & Leitgöb-Guzy, N. (2023). *Sicherheit und Kriminalität in Deutschland*. SKiD 2020. https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/SKiD/Ergebnisse/Ergebnisse_node.html
- Bitschnau, S.; Michaelis, S.; Bretsch, D. & Kemmesies, U. (2022) Radikalität im Spiegel politisch motivierter Kriminalität: eine Sozialraumanalyse auf Kreisebene – erste deskriptiv-explorative Analysen. In: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Büscher, C., Dessecker, A., Grande, E. & Rieger, D. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021* (S. 134–152). MOTRA.
- Blümel, C. (2024). *Anfeindungen gegen Forschende. Eine repräsentative Studie des Projekts KAPAZ. Kurzdossier für die Berichterstattung*. Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2025). *Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland (1871–2024)*. <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/B19-Durchschnittsalter-Bevoelkerung-ab-1871.html>
- Bundeskriminalamt (2024c). *Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte*. *Bundeslagebild 2023*. BKA.
- Bundeskriminalamt, Kommission Staatsschutz (2022). *Definitionssystem Politisch Motivierte Kriminalität*. Stand 21.09.2021. Wiesbaden. <https://polizei.nrw/sites/default/files/2023-11/Definitionssystem%20PMK.pdf>
- Bundeskriminalamt (2013). *Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte*. *Bundeslagebild 2013*. BKA.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt (2025a). *Bundesweite Fallzahlen 2024*. Politisch motivierte Kriminalität. Factsheet. Bundesministerium des Innern.
- Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat & Bundeskriminalamt (2024a). *Bundesweite Fallzahlen 2023*. Politisch motivierte Kriminalität. Factsheet 5.24.

Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat & Bundeskriminalamt (2023). *Bundesweite Fallzahlen 2022. Politisch motivierte Kriminalität*. 5.23.

Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt (2025b). *Übersicht Hasskriminalität der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) 2001 bis 2024*.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25053_pmk-2024-uebersicht.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024b). *Übersicht Hasskriminalität der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK). Entwicklung der Fallzahlen 2001-2023*.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI24053_pmk-2023-uebersicht.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023b). *Übersicht Hasskriminalität der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK). Entwicklung der Fallzahlen 2001-2022*.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-ueber-hasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundesministerium der Justiz (2024). *Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität*. Stand: 30.10.2024. BKA.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/definitionssystem-pmk.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Chaudry, I. (2021). Making hate visible: online hate incident reporting tools. *Journal of Hate Studies*, 17(1), 64–73. Gonzaga University Institute for Hate Studies.

Church, D. & Coester, M. (2021). *Opfer von Vorurteilskriminalität. Thematische Auswertung des Deutschen Viktimisierungssurvey 2017*. Forschungsbericht. Kriminalistisches Institut, Kriminalistisch-kriminologische Forschung, Bundeskriminalamt.

Coester, M. (2025). Vorurteilskriminalität als Gefahr für gesellschaftlichen Frieden. In: Wollinger, G. (Hrsg.). *Prävention und gesellschaftlicher Frieden. Experten zum 30. Deutschen Präventionstag*. DPT-Verlag.

Coester, M. (2018). Das Konzept der Vorurteilskriminalität. *Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft*, (IDZ) 04, 40–49.

Dancygier (2023): *Hate crime supporters are found across age, gender, and income groups and are susceptible to violent political appeals*. *PNAS*, 120(7), 1–7.

Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2024). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Psychosozial-Verlag.

Destatis (2025). Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
<https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/12411/table/12411-0010/search/s/QmV2JUMzJU12bGtlenVuZyUyMGJ1bmRlc2w1QzMlQTRuZGVy>

Dölling, D., & Feltes, T. (2007). *Opfer und Opferbegriff: Von der objektiven Verletzung zum sozialen Konstrukt*. In: Walther, M. (Hrsg.), *Opfer – Konstruktion und Verantwortung. Beiträge zur Victimologie und Opferhilfe* (S. 13–38). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dreißigacker, A. (2018). Erfahrung und Folgen von Vorurteilskriminalität: Ergebnisse der Dunkelfeldstudie Schleswig-Holstein. *KFN-Forschungsbericht Nr. 145*. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.

Dreißigacker, A. (2017). Befragung zu Sicherheit und Kriminalität. Kernbefunde der Dunkelfeldstudie 2017 des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein. *KFN-Forschungsbericht Nr. 135*. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.

- Dressler, J. L. (2017). *Gewalt gegen Rettungskräfte. Eine kriminologische Großstadtanalyse*. Lit-Verlag.
- Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2022). Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo) – Beobachtungen und Befunde zur Ersterhebung. In: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Büscher, C., Dessecker, A., Grande, E. & Rieger, D. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021* (S. 134–152). MOTRA.
- Flümann, G. (Hrsg.) (2017). *Umkämpfte Begriffe. Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Fröhlich, W. (2021). *Hasskriminalität in München. Vorurteilskriminalität und ihre individuellen und kollektiven Folgen*. Forschungsbericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts München. https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:c19e83da-eca8-48b0-920e-e6e37791d4e7/Kurzfassung_DRUCK_final.pdf
- Frohne, J. & Güttler, A. (2023). *Fakten statt Fakes. Wie Medien und Organisationen wieder glaubwürdig werden*. Springer VS.
- Fuchs, L., Gahein-Sama, M., Jun Kim, T., Mengi, A., Podkowik, K., Salikutluk, Z., Thom, M., Tran, K. & Zindel, Z. (2025). Verborgene Muster, sichtbare Folgen. Rassismus und Diskriminierung in Deutschland. *NaDiRa-Monitoringbericht*. DeZim.
- Fuchs, W. (2021). Vorurteilskriminalität – Konzept, Auswirkungen auf Opfer, Rechtsgrundlagen und verbesserte statistische Erfassung. *Journal für Strafrecht*, 8(3), 279–294.
- Geschke, D., Blüml, M., Wittmann, L., Steinhauer, J. P. & Schmidt, F. (2023). *Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt – Fokus: Polizei und Justiz*. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), S. 1–38.
- Gräber, M. & Horten, B. (2022). Gewalt gegen Rettungskräfte – Entwicklungen und Herausforderungen. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 16, S. 62–65.
- Groß, E., Dreissigacker, A. & Riesner, L. (2018). Viktimisierung durch Hasskriminalität. Eine erste repräsentative Erfassung des Dunkelfeldes in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein. *Wissen Schafft Demokratie*, 2, 140–159.
- Hammersley, M. & Atkinson, P. (2019). *Ethnography. Principles in practice*. Routledge.
- Häfele, J., & Groß, E. (2025). Gewalt gegen politische Mandatsträger:innen. In P. Imbusch & J. Steg (Hrsg.), *Bedrohungsanalysen. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration*. (S. 155–172). Springer VS. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-48152-0_7
- Häfele, J. & Groß, E. (2023). Vorurteilseleitierte Handlungen in urbanen Räumen. Polizei-akademie Niedersachsen – Institut für Kriminalitäts- u. Sicherheitsforschung (IKris) und Hochschule in der Akademie der Polizei Hamburg. In: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Büscher, C., Dessecker, A., Hutter, S. & Rieger, D. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2022* (S. 134–152). MOTRA.
- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*. (S. 15–36). Suhrkamp.
- Imbusch, P. & Steg, J. (2025). *Bedrohungsanalysen. Angriffe auf PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen als Gefahr für die Demokratie*. Springer VS.
- Imbusch, P. & Steg, J. (2022). Bedrohungen und Gewalt gegen politische Amtsträger*innen – eine Gefahr für die Demokratie. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, (IDZ), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck* (S. 34–49), Band-Nummer 12.
- Kemmesies, U. (2021). Perspektiven auf Radikalisierung – Das Verbundprojekt MOTRA im Profil. In: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Dessecker, A., Grande, E., Kusche, I. & Rieger, D. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020* (S. 26–99). MOTRA.

- Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Büscher, C., Dessecker A., Hutter, S. & Rieger, D. (2025). Fortbestehender Krisenmodus: Entgrenzung der Radikalität in Richtung Extremismus. In dies. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2023/24* (16–47). MOTRA.
- Kleffner, H. (2018). *Die Reform der PMK-Definition und die anhaltenden Erfassungslücken zum Ausmaß rechter Gewalt*. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, (IDZ).
<https://www.idz-jena.de/wsddet/wsd4-4>
- Krüger, C., Jagusch, B., Gille, B. & Weber, J. (2022). Extrem rechte Einflussnahmen auf die Soziale Arbeit. *Sozial Extra*, 4, 264–268.
- Kühn, U. (2025). *Nachgedacht: Politisch motivierte Gewalt frisst Gesellschaft auf*.
<https://www.ndr.de/kultur/sendungen/nachgedacht/Nachgedacht-Politisch-motivierte-Gewalt-frisst-Gesellschaft-auf,nachgedacht402.html>
- Lang, K. (2014). *Vorurteils kriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch die Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte*. Schriften zum Strafrecht, Bd. 229. Nomos.
- Lauf, T., Schestak-Haase, F. & Zobel F. (2022). Angriff auf die Pressefreiheit: Medienschaffende im Fokus rechter Hetze, Bedrohungen und Gewalt. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck* (S. 102–113), Band-Nummer 12.
- Lautz, von J., Bösing, E., Kart, M. & Stein, M. (2024). Diskriminierung von Muslim:innen als Faktor in Prozessen der Radikalisierung – Perspektiven aus dem Feld dem Handlungsfeld der Islamismusprävention. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 8, 419–445.
- Leuschner, F., Herr, A. T., Lutz, P., Jungmann, S. M., & Gretenkort, A. (2022). Gewalt gegen Rettungsdienstpersonal. *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 65(7), 1051–1058.
- LKA NRW, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (2020). *Sicherheit und Gewalt in Nordrhein-Westfalen, Forschungsbericht*. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen.
<https://polizei.nrw/sites/default/files/2020-11/Forschungsbericht%20Studie%20Sicherheit%20und%20Gewalt%20in%20Nordrhein-Westfalen.pdf>
- Meyer, B. (2025). *Anders. Was wir aus der Sozialpsychologie über den Umgang mit Unterschieden lernen können*. Ullstein.
- Mitte-Studie (2025). Fragebogen. Finalversion 29.05.2025. Friedrich-Ebert-Stiftung.
<https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=159735&token=dc072043c4298c9d44a16b-f9e2e66afab297c63d>
- Mlodoch, K., Gawlista, K., Sippel, C. & Gerbert, L. J. (2024). *Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des traumasensiblen aufsuchenden sozialraumnahen Beratungsangebots und -teams für Attentatsbetroffene in Hanau (TASBAH)*. VBRG.
- Mündges, S. (Hrsg.) (2028), *Hate Speech. Aktivismus- und Propagandaforschung*. Springer VS.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-35658-3_9
- Neumann, K. (2019). *Medien und Islamismus. Der Einfluss von Medienberichterstattung und Propaganda auf islamistische Radikalisierungsprozesse*. Springer VS.
- Pickel, S., Pickel, G., Decker, O., Fritsche, I., Kiefer, M., Lütze, F. M., Spielhaus, R. & Uslucan, H.-H. (Hrsg.) (2023). *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*. Springer VS.

- Precht, R. D. & Welzer, H. (2024). *Die vierte Gewalt: Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird – auch wenn sie keine ist*. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Goldmann.
- Preuß, M. (2022). Wenn Journalismus in Bedrängnis gerät. Journalist*innen über ihre Erfahrungen mit Publikumsangriffen und deren Folgen im Berufsalltag. In G. Weitzel & S. Quent, M. (2016). *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus*. Beltz.
- Teidelbaum, L. (2013): Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus, *Unrast Transparent, rechter rand*, 13.
- Unger, T. (2019). Sozialarbeiter_innen als Ziele gruppenbezogener Anfeindungen. *Soziales Kapital*, 21, 187–203.
- Varela, C. & do Mar, M. (2010). Un-Sinn: Postkoloniale Theorie und Diversity. In F. Kessel & M. Plößler (Hrsg.), *Differenzierung, Normalisierung, Andersheit*. Verlag für Sozialwissenschaften.
- VBRG (2025) *Rechte Gewalt 2025: Rechte Gewalt 2024 – Eine Bilanz des Schreckens*. Pressemitteilung. <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2024-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/#pressemitteilung>
- VBRG (2025a). *Jahresbilanz rechte Gewalt – Alle Grafiken*. <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2024-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/>
- VBRG (2025b). *Antworten auf die 4 häufigsten Fragen zur Jahresbilanz 2024*. https://verband-brg.de/infos_zur_jahrestatistik_rechte_gewalt/
- VBRG (2025c). *Zählweise und Datenbasis des Monitoring der Mitgliedsorganisationen des VBRG e. V.* <https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2025/05/Zaehlweise-und-Datenbasis-des-VBRG-Monitorings-Januar-2025.pdf>
- VBRG (2024a). *Jahresbilanz rechte Gewalt-Alle Grafiken*. Online: <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2023-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/>
- Vergani, M., Perry, B., Freilich, J. Chermak, S., Scrivens, R., Link, R., Kleinsman, D., Betts, J. & Iqbal, M. (2024). Mapping the scientific knowledge and approaches to defining and measuring hate crime, hate speech, and hate incidents: A systematic review. *Campbell Systematic Reviews*, 20(2). <https://doi.org/10.1002/cl2.1397>
- Vissing, Y. (2022). Extremism vs. human rights: How ideology is built, nurtured, and transforms societies. In J. Zajda & Y. Vissing (Hrsg.), *Discourses of Globalisation, Ideology, and Human Rights* (S. 83–111). Springer International Publishing.
- Wagner, Bernd (2016). Politisch motivierte Kriminalität und Hasskriminalität. In: Hölzl, D. & Nestler, S. (Hrsg.): *Politisch motivierte Kriminalität – Phänomenbereiche, Entwicklungen und Herausforderungen*. Verlag Polizei & Wissenschaft, S. 95–120.
- Walters, M. A. (2011). A general theories of hate crime: strain, doing difference and self control. *Critical Criminology*, 19(4), 313–330.
- Walters. M. A. & Thumath, J. (2014). Gender 'hostility', rape, and the hate crime paradigm. *The Modern Law Review*, 77(4), 563–596.
- Wetzels, P. (2014). Dunkelfeldforschung und Viktimisierungserhebung. In Bundeskriminalamt (Hrsg.), *Handbuch Polizeiliche Kriminalstatistik*, Bundeskriminalamt.
- Wetzels, P. (1995). Wider den naiven Realismus kriminologischer Opferforschung. Plädoyer für einen subjektiven, konstruktivistischen Opferbegriff. *Forschungsbericht Nr. 45*, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

Wetzels, P., Farren, D., Fischer, J. M. K., Brettfeld, K., Endrich, R. & Richter, T. (2025). *Erste Ergebnisse der repräsentativen MOTRA-Befragung ‚Menschen in Deutschland‘ 2025 (MiD 2025). Subjektive Wahrnehmungen gesellschaftlicher Entwicklungen und Zustände sowie diesbezügliche Trends in Deutschland seit 2021.* Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.18053>

Witzel, A. & Reiter, H. (2022). *Das problemzentrierte Interview – eine praxisorientierte Einführung.* Beltz Juventa.

Zick, A., Küpper, B., Mokros, N. & Eden, M. (Hrsg.) (2025). *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25.* Dietz.

Zick, A. & Preuß, M. (2021). Hate Speech gegen Medienschaffende – Eine empirische Analyse der Hintergründe und Wirkungen von Angriffen gegen Journalist*innen. In S. Wachs, B. Koch-Priewe & A. Zick (Hrsg.), *Hate Speech – Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen.* Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31793-5_11